Nr. 10. **Halle (Saale), Montag, den 13. Januar 1919.** **30. Jahrg.**

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

Regierungsgewalt triumphiert in Berlin.

400 Tote, 1000 Verwundete!

Die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske hat nun den Sieg über die Spartakusanhänger errungen. Nach Eintritt Noskes in das Kabinett war angekündigt worden, daß sofort „feste durchgegriffen" werden würde. Der erste Griff war die Entlassung des Polizeipräsidenten Eichhorn, die die Empörung unter den linksrevolutionären Berliner Arbeitern auslöste. Diese Anhänger der Liebknechtschen Taktik besetzten sofort das Polizeipräsidium und eine Reihe anderer öffentlicher Gebäude, vor allem auch W. T. B. und den Vorwärts. Nun war die Kraftprobe unvermeidlich geworden. Die Unabhängige Sozialdemokratie versuchte mehrere Male, eine Vermittlung zwischen den beiden Kämpfenden herbeizuführen. Immer wieder scheiterte der Versuch an den Bedingungen Ebert-Noskes: erst Räumung sämtlicher besetzten Gebäude und Aufgabe des Generalstreikes — dann „Verhandlungen". Die Spartakusleute ließen keinen Zweifel, daß sie die Besetzung der Zeitungen freigeben würden, aber als Verhandlungspunkt, da ihnen ja sonst keine Position gegen die Regierung bliebe.

Die politischen Forderungen der Spartakusanhänger lauteten:

- **Schleunige Durchführung der Sozialisierung;**
- **Abschaffung aller Kommandogewalt der Offiziere;**
- **Beseitigung aller Rangabzeichen;**
- **Sofortige Demobilisation des gesamten Heeres;**
- **Schaffung einer sozialistischen Volkswehr;**
- **Ueberführung des Berliner Polizeipräsidiums in die Kommunalverwaltung;**
- **Beseitigung aller Klassen- und Standesvorrechte.**

Ebert-Noske-Scheidemann wiesen eine Stellungnahme zu diesen Forderungen überhaupt zurück und stützten sich auf ihre Macht. So war denn jede Aussicht auf Verständigung gefallen — und die Waffen sprachen. Planmäßig wurden die regierungstreuen Truppen aus dem ganzen Lande herangezogen und nach und nach eingesetzt. Ein Gebäude nach dem andern wurde genommen, wobei gewaltige Zerstörungen vorkamen. Der heftigste Kampf ging um den Vorwärts. Der Parteivorstand Ebert-Scheidemann hat während des Krieges den Vorwärts den Berliner Genossen (unter Schutz des Belagerungszustandes) weggenommen, so daß die Erbitterung keine Grenzen kannte. Nun hat sich die Regierung Ebert-Scheidemann den Vorwärts zum zweiten Male genommen, diesmal mit ungeheurer blutiger Gewalt. 300 Tote und Verwundete sollen beim Vorwärtskampfe niedergestreckt worden sein.

Im ganzen wird die Zahl der Toten auf 400, die der Verwundeten auf 1000 angegeben.

Diktator Noske ist Herr über die linksrevolutionären Arbeiter. Alle von Liebknechtanhängern besetzten Gebäude hat er erobert. Das war selbstverständlich, nachdem die gesamten Offiziere und das ganze Bürgertum die Regierungsmacht stützten. Ebert-Scheidemann regieren heute vor allem im Namen des deutschen kapitalistischen Bürgertums. Von ihrer Regierung ist für die Durchführung des Sozialismus nichts mehr zu hoffen. Das enge Zusammengehen der Regierung mit den bürgerlichen Gewalten wird bald weitere Früchte tragen. Heute jubeln alle bürgerlichen Zeitungen über den Sieg ihrer Regierung Ebert-Scheidemann-Noske. Die Zeit wird nicht fern sein, wo sie über weitere Taten derselben „sozialistischen" Regierung frohlocken werden.

Die Arbeiterklasse weiß, was sie nach diesem blutigen Siege von der Regierung Ebert-Noske zu erwarten hat. Diese Regierung mag sich jetzt in ihrem Siege sonnen, aber Blutsaat rächt sich! Ueber kurz oder lang wird das Dasein der Regierung in Frage stehen. Sie wird noch die Wahlen durchführen, sie wird auch vielleicht noch das Vertrauen der Nationalversammlung (Rechtssozialisten und Bürgertum) bekommen — aber das Vertrauen der revolutionären sozialistischen Arbeiterklasse hat sie ein für allemal verwirkt.

Das wird sie zur gegebenen Zeit erfahren!

Eisners Vermittlungsaktion.

Das Telegramm des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner forderte bekanntlich Rücktritt der Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die sich aus Vertretern aller sozialistischen Gruppen zusammensetzen sollte. Die Regierung Ebert-Scheidemann hat darauf geantwortet, sie wolle mit allen wahrhaften Sozialisten für Sozialismus und Demokratie arbeiten, aber nicht zusammen mit Parteien, welche die Diktatur einer Minderheit anstrebten, die Pressefreiheit unterdrückten und die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt verhindern wollten. Sie wisse, daß sie ganz Deutschland hinter sich habe, wenn sie mit aller Entschiedenheit dem verbrecherischen Treiben entgegentrete, welches das gesamte Wirtschaftsleben zerstöre und das Volk dem Verhungern entgegentreibe.

Diese Antwort bedeutet, daß die Regierung nicht verhandelt, sondern sich auf ihre Macht stützt. Sie hat die Offiziere und das gesamte Bürgertum hinter sich, das gibt ihr Macht.

Nach Münchner Meldungen soll Eisner in einer Wahlversammlung weiter gesagt haben: Aus Berlin seien flehentliche Telegramme an ihn gelangt, er möge intervenieren. Die Lage sei entsetzlich. Eines dieser Telegramme trage die Unterschrift Liebknechts, ein anderes die Haases. Bayern stehe vor der weltgeschichtlichen Aufgabe, durch Vernunft Deutschland vor dem Untergange zu retten. Bayern habe jetzt die Führung in Deutschland, nicht Berlin. — Ob Eisner derartiges wirklich geäußert hat, ist nicht festzustellen.

Der Kampf um den Vorwärts.

300 Tote und Verwundete.

Die Meldungen der bürgerlichen Blätter besagen:

Gegen drei Uhr nachts zogen von allen Seiten der Stadt starke Truppenmassen heran und sperrten so das Zeitungsviertel ab, um eine Verstärkung der Spartakusleute unmöglich zu machen. Um 5 Uhr morgens begannen die schweren Kämpfe. Die ersten Sturmtrupps arbeiteten sich langsam heran. Mit schweren Maschinengewehren fegten sie einen Teil der Spartakusleute davon, dann wurden zwei Minenwerfer auf das Verwaltungsgebäude des Vorwärts gerichtet. Auf die ersten Schüsse folgte völlige Stille. Man hörte laute Hilferufe und Schreie. Die Truppen besetzten das Nebenhaus; nun folgte aus einem Maschinengewehr ein rasendes Feuer auf das Vorwärts-Haus. Außerdem wurden vier Geschütze in Tätigkeit gesetzt. Das Abwehrfeuer wurde immer schwächer; dichte Qualmwolken wälzten sich über das ganze Zeitungsviertel. Um die Minenwerfer unschädlich zu machen, drangen die Spartakusleute in das Nebenhaus ein und verwundeten vier Mann der Fronttruppen. Schließlich wurden sie niedergemacht. Jetzt drangen die Stoßtruppen in das Haus ein und überwältigten nach kurzer Gegenwehr die Spartakusleute. Die ersten Gefangenen, unter denen sich auch zwei Russen befanden, sagten aus, daß sich im Vorwärts im Laufe der Nacht 800 Männer und Frauen befunden hätten, welche über 100 Maschinengewehre, 1200 Gewehre und über 1000 Handgranaten verfügten. Die Handgranatenwerfer der Gardejäger fragten die Besatzung, ob sie sich ergeben wolle. „Nein, niemals," scholl es ihnen entgegen. Darauf wurde der Kampf mit schweren Minen fortgesetzt. Die nächste Mine durchschlug das Gebäude bis zum Keller, wo die Spartakusleute ihre Schwerverwundeten untergebracht hatten. Das Mauerwerk stürzte krachend in die Tiefe und begrub unter sich alles Lebende. Eine weitere Mine vernichtete das Dach und die Spartakusleute, die von dort aus kämpften. Ein Schwerverwundeter wurde durch den Druck der Explosion in den Hof des Nachbargrundstückes geschleudert. Endlich war die Spartakusfestung sturmreif geworden. Nichts regte sich mehr, als die Handgranatentruppen in die Torwege eindrangen, um die Höfe zu säubern. In dem ersten Torweg waren zahlreiche Tote und Verwundete, welche um Hilfe riefen. Die noch Lebenden kamen den Truppen mit hocherhobenen Händen entgegen. Männer und Frauen waren durch den furchtbaren Angriff derart erschüttert, daß sie die Soldaten schluchzend um Gnade anflehten. Mit vorgehaltenen Gewehren forderten die Offiziere die noch Lebenden auf, die Waffen in einen Winkel des Hofes zu werfen und dann anzutreten. Zuerst zögernd, dann aber in hellen Scharen kamen die Spartakusleute aus den Kellern und aus den hinteren Höfen hervor. Eine große Anzahl versuchte, über die Dächer der Nachbargrundstücke hinweg zu fliehen. Sie wurden aber von den Gardejägern, die das ganze Viertel umstellt hatten, in Empfang genommen.

Inzwischen hatte das Publikum die Sperrkette durchbrochen. Die Stimmung der Menge entlud sich in Verwünschungen gegen die Gefangenen, welche verstört um sich blickten; schließlich schlug man erbittert auf die Spartakusleute ein. Die Jäger hatten alle Mühe, die Festgenomenen vor dem Lynchtode zu schützen. Etwa 500 Gefangene wurden von den Gardejägern abgeführt. Die Verluste der Spartakusleute sind außerordentlich hoch. Unter den Trümmern des Vorwärts-Gebäudes liegen etwa 300 Tote und Verwundete. Die Druck- und Setzmaschinen des Vorwärts sind von den Spartakusleuten fast völlig zerstört worden.

Das Polizeipräsidium genommen!

In der Nacht zum Sonnabend wurde auch der Endkampf um das Polizeipräsidium begonnen. Um 11 Uhr setzten sich die Truppen nach dem Alexanderplatz in Bewegung, voran vier 10,5-Zentimeter-Feldhaubitzen. Zunächst wurde mit Maschinengewehren gearbeitet. Ein Hagel von Geschossen überschüttete den Bau, aus dem das Feuer kräftig erwidert wurde. Die Verteidiger brachten immer neue Maschinengewehre in Stellung und hielten den Alexanderplatz wütend unter Feuer, so daß ein Sturm zunächst unmöglich war. Gegen ½6 Uhr früh wurde die Artilleriebeschießung angeordnet. Aus vier Rohren feuerte die Haubitzenbatterie in rascher Folge Schuß auf Schuß. Im ganzen wurden 55 Schuß abgegeben, ehe das gegnerische Feuer verstummte. Hierauf begann die Arbeit mit Handgranaten, und im Sturmlauf wurde dann gegen das Hauptportal vorgegangen. Bereits mit wenigen Handgranaten wurde der Eingang gesprengt, und schon im ersten Lichthof kamen die Spartakusleute mit hocherhobenen Händen an. Dann wurden nach und nach alle im Bau befindlichen Spartakusleute aus den Verstecken herausgeholt, im ganzen etwa 450. Man führte sie sofort ab. Einige waren besonders trotzig und riefen dabei: „Hoch Eichhorn!" und „Hoch Liebknecht!" Auch einer, der Hauptführer der Spartakisten, Braun, wurde gefangengenommen. Das Polizeipräsidium hat sehr viel weniger gelitten als der Vorwärts. Eichhorn ist geflüchtet.

Berlin, 12. Januar. Im Polizeipräsidium haben die Spartakusleute bei den letzten Kämpfen 12 Tote und 450 Gefangene verloren. Die Abziehenden waren zum größten Teil völlig niedergeschlagen. Ein kleiner Teil zog trotzig von dannen und brachte Hochrufe auf Eichhorn und Liebknecht aus.

Alle besetzten Gebäude geräumt!

Berlin, 12. Januar. In der vergangenen Nacht sind die im Zeitungsviertel von den Spartakisten besetzten Gebäude, darunter das W. T. B., das Mosse- und Ullsteinhaus geräumt worden. Die Spartakisten sind ohne Kampf unter Hinterlassung von Waffen und Munition freigelassen worden. Die Gebäude sind von den Regierungstruppen besetzt worden. Auch das Polizeipräsidium ist genommen worden und wurde von Regierungstruppen besetzt. Im Osten der Stadt sind in der Nacht viele Plünderungen und Diebstähle vorgekommen. Seitens der Regierungstruppen werden starke Patrouillen, auch Kavallerie, durch die Straßen gesandt, um weitere Diebstähle zu verhindern. Diese Streifen wurden auch in der folgenden Nacht fortgesetzt. (W. T. B.)

Berlin, 12. Januar. Entmutigt durch die Einnahme des Vorwärts durch die Regierungstruppen zeigten die Spartakusanhänger im Ullsteinhaus Anregung zu Verhandlungen. Sie forderten aber freien Abzug mit Waffen und den Rücktritt Eberts und Scheidemanns. Als von den Regierungstruppen bedingungslose Uebergabe gefordert wurde, hielten es die Spartakisten für geraten, bei Anbruch der Dunkelheit in unauffälligerweise Weise über die Dächer der Markgrafen- und Charlottenstraße zu flüchten. Ein Teil von ihnen wurde von den Regierungstruppen noch gefaßt. Als die Regierungstruppen nun von allen Seiten in das Gebäude eindrangen, fanden sie tatsächlich keinen einzigen Spartakusmann mehr vor. Die Spartakisten im W. T. B. stellten für die Uebergabe dieselben Bedingungen, bequemten sich aber nach deren Ablehnung zur bedingungslosen Uebergabe. Man ließ sie nach Abgabe der Waffen abziehen. (W. T. B.)

Die letzten Bollwerke der Spartakisten.

Berlin, 12. Januar. Der Schlesische Bahnhof und die Bötzow-Brauerei befinden sich noch in den Händen der Spartakisten. Das Herrenhaus sollte heute vormittag angegriffen werden. Gestern sind etwa 400 Spartakusleute verhaftet worden, darunter eine Anzahl Russen. Unter den Verhafteten sollen sich außer Ledebour auch Zubeil und der älteste Sohn von Dr. Liebknecht befinden.

Berlin, 12. Januar. Im Laufe des Abends kam es an einigen Stellen der inneren Stadt, so z. B. am Gendarmenmarkt, zu Schießereien zwischen Regierungstruppen und zurückgebliebenen Spartakisten. In den späteren Abendstunden wurden im Zeitungsviertel vereinzelt Schüsse laut. Von ernsteren Ereignissen ist bisher nichts bekannt geworden.

Berlin, 12. Januar. Nach einer weiteren Meldung ist der Schlesische Bahnhof, das letzte Bollwerk der Spartakisten, nach schwerem Kampfe von seiner spartakistischen Besatzung befreit worden.

Berlin, 12. Januar. Bei der Aufhebung der Rosta (Russische Telegraphen-Agentur), die gestern nachmittag stattfand, ist ein großer Stoß Mitgliedsbücher der sozialdemokratischen Partei gefunden worden, die dazu dienen sollten, Mitglieder des Spartakusbundes mit einführenden Legitimationen gegenüber der sozialdemokratischen Partei zu versehen. (.) Nicht weniger als 19 Schreibmaschinen und eine Unmenge [illegible]material sind im Bureau vorgefunden worden, deren rechtmäßige Eigentümer gesucht werden. (W. T. B.)

Was die Regierung weiter melden läßt.

Berlin, 11. Januar. Seit einigen Tagen beginnt Spartakus die Fernverbindung von Berlin nach auswärts zu zerstören. Im Fernverkehr mit den größten Städten des Reiches treten zuweilen stundelang Störungen ein. Heute in mehreren Orten verbreitete Flugblätter kündigen die allgemeine Sabotage der öffentlichen Einrichtungen Deutschlands als weitere Etappe zur Niederringung der jetzigen Regierung und zur Verhinderung der Nationalversamlung an. (W. T. B.)

Ueber die Rückeroberung des W. T. B. lautet die amtliche Meldung: Das W. T. B. ist vom Stoßtrupp Bachmann genommen worden. Erobert sind drei Lastautomobile, 20—30 Maschinengewehre; zirka 65 Mann haben die Waffen gestreckt und sind geflüchtet. Sämtliche Munition und sämtliche Gerätschaften sind in unserer Hand.

Weitere Regierungsmeldungen.

Berlin, 12. Januar. Es bestätigt sich, daß gestern zehn regierungstreue Matrosen in der Wilhelm- und Besselstraße ohne jeden Grund von Spartakisten erschossen worden sind. Bei den verhafteten Russen sind 16 500 Mark vorgefunden worden. Spartakusleuten wurde Munition mit russischen Aufschriften abgenommen. Bei der gefangenen Besatzung des Ullstein-Hauses wurden Listen vorgefunden, die die Namen solcher Personen enthalten, die von Spartakusleuten bereits erschossen wurden bzw. erschossen werden sollten. — Rosa Luxemburg ist nicht verhaftet. (W. T. B.)

Räuberei. Berlin, 11. Januar. Eine Bande Spartakisten (?) drang heute vormittag in das Postamt in der Fruchtstraße in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes ein und beschlagnahmte die Postkasse mit 120 000 Mark. Die drei Männer, die die Kasse an sich nahmen, sind verschwunden.

Ein Schwindel. Die bürgerliche Presse hat zur Verleumdung der Spartakisten auch die Nachricht erfunden, der frühere russische Botschafter Joffe sei nach Berlin geeilt, um die Kämpfe zu leiten. In einem Funkspruche aus Moskau erklärt Joffe das als Schwindel.

Die Wahlen zur verfassunggebenden bayerischen Nationalversammlung fanden gestern in ganz Bayern unter starker Beteiligung statt. Ueber Störungen des Wahlgeschäfts ist nichts bekannt geworden. Das Wahlresultat wird erst heute ermittelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190113-12/fragment/page=0001

Spandau.

Spandau, 11. Januar. Zehn Minuten vor 7 Uhr wurden die Einwohner Spandaus durch Kanonenschüsse aufgeweckt. Diese Schüsse waren das Zeichen für den Angriff der regierungstreuen Truppen auf das neue Rathaus. Die Schüsse wurden aus zwei Feldgeschützen abgegeben. Nach minutenlangem schweren Maschinengewehrfeuer drangen Sturmtruppen in das neben dem Rathaus belegene Polizeigebäude ein und verschafften sich unter Anwendung von Handgranaten Eingang in das Gebäude. Die mußten jedoch den Angriff noch mehrmals erneuern, da sich die Besatzung äußerst heftig verteidigte. Endlich gelang es trotzdem, Eingang in das Gebäude zu finden und zuerst den Führer der Spartakisten, den Gärtnereibesitzer Pieser, zu verhaften bezw. kampfunfähig zu machen. Auf dem Hofe des Postamtes wurde dieser von den Regierungstruppen kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Der Führer der spartakistischen Soldatenrates, Logewitz, wurde mit den übrigen sich freiwillig ergebenden Spartakisten in die Kellerräume des Postamtes gebracht und dort in Haft gesetzt, bis das Standrecht über sie entscheidet.

Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. Januar. In einem heute anläßlich der Demonstrationsversammlungen der demokratischen Partei und der Mehrheitssozialisten von Spartakisten verübten Ueberfall wurden, soweit bisher festgestellt werden konnte, sieben Personen getötet und 15 verletzt. (W. T. B.)

Buer (Westfalen).

Buer, 11. Januar. Gestern besetzten Spartakisten das Rathaus und versahen sich mit Waffen und Munition aus den Beständen des A.- und S.-Rates. Um 10 Uhr abends wurde die Buersche Zeitung durch bewaffnete Spartakusleute unter Anwendung von Zwang besetzt. Heute erschien die Bürgerzeitung mit dem Untertitel Freiheit, Organ der Kommunisten-Partei (Spartakusbund). Heute soll die Stillegung weiterer Schächte fortgesetzt werden. (W. T. B.)

Dresden.

Dresden, 10. Januar. Nachmittags 1/23 Uhr war eine Versammlung vom kommunistischen roten Soldatenbund nach dem Zirkus Sarrasani einberufen worden, wo Rühle referierte. Im Schlußwort forderte er zu einem Demonstrationszuge durch die Stadt auf. Im Zuge wurde gerufen: „Doch Liebknecht! Nieder mit der Nationalversammlung!" Hunderte drängten nach der rechtssozialistischen Volkszeitung und machten Anstalten, sich in den Besitz des Blattes zu setzen. Das Blatt war mit einer starken Sicherheitswache besetzt, die auf die eindringende Menge schoß. Die Menge stob auseinander. Gegen 30 Tote und Verwundete bedeckten den Vorplatz. Rühle und einige andere Leute vom Kommunistenbund sind kurz nach diesen Ereignissen verhaftet worden. Der Verhaftungsgrund gegen Rühle besteht in einem Flugblatt der kommunistischen Ortsgruppe Dresden, in dem aufgefordert wird, die Wahlen zur Nationalversammlung unter allen Umständen zu verhindern. Rühle hat zugegeben, daß er und seine Anhänger dabei Gewaltanwendungen nicht scheuen würden. Die Verhaftung Rühles erfolgte durch eine Matrosenabteilung.

Regensburg.

Regensburg, 11. Januar. Hier kam es gestern nachmittag zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf Geschäfte und Warenhäuser geplündert und ausgeraubt wurden. Durch das Eingreifen von 500 Eisenbahnern wurde die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt. Es kam auch zu einer Schießerei, bei der es Verletzungen gab. Dem Vernehmen nach sollen vorgestern 150 Spartakisten aus Berlin in Regensburg eingetroffen sein. Gestern abend 8 Uhr wurde das Standrecht über Regensburg verhängt. (W. T. B.)

Stuttgart, 11. Januar. Das Tagblatt und alle andern Stuttgarter Zeitungen sind von den Regierungstruppen besetzt worden. Es herrscht jetzt vollständige Ruhe.

Eine Kleinrepublik an der Waterkant? Hamburg, den 12. Januar. Wie aus Curhaven gemeldet wird, sind in Curhaven das Amt Ritzebüttel, Kreis Hadeln und Kreis Neuhaus als sozialistische Republik ausgerufen worden.

Streiks in Paris.

Paris, 11. Januar. Havas. Die Streikenden in den Fabriken der Kriegsbetriebe der Pariser Gegend, die sich gestern in der Arbeitsbörse vereinigten, forderten in einer Tagesordnung eine Entschädigung bei der Entlassung, die Einführung einer täglichen Entschädigung für Arbeitslose und sofortige Organisierung neuer Industriezweige, die es den Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglichen, von der Arbeit zu leben.

Soziale Kämpfe in Buenos Aires.

London, 10. Januar. Reuter. Die Blätter melden: In Buenos Aires sind 150 000 Arbeiter in einen Sympathiestreik für die Hafenarbeiter eingetreten. Die Ausständigen terrorisieren Buenos Aires. Sie haben Brandstiftungen begangen, die Arsenale erstürmt und sich Munition angeeignet. Eine Anzahl von Personen wurden getötet und verwundet. Bewaffnete Polizisten patrouillieren durch die Straßen. Man befürchtet, daß die Bewegung auf das Binnenland übergreift. Die Erklärung des Standrechts wird erwartet.

In Bayern macht man die Offiziere ungefährlich!

München, 11. Januar. Der Landessoldatenrat erläßt folgende Bekanntmachung:

„Der Ministerrat hat grundsätzlich im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschuß des Landessoldatenrates beschlossen:

1. Der Erlaß, nach welchem die Offiziere wieder nach dem Friedensstand einzuteilen sind, tritt außer Kraft. Es bleiben nur so viele Offiziere im Dienst, als zur Führung der Geschäfte nötig sind.

2. Die Offiziere bleiben nur so lange im Dienst, als sie von den Soldaten bestätigt werden. Die Offiziere sind dann erst bestätigt, wenn sie drei Fünftel aller Stimmen erhalten. Nichtbestätigte Offiziere werden von dem Soldatenrat dem Minister für militärische Angelegenheiten zur Entlassung gemeldet, der im Benehmen mit dem Vollzugsausschuß des Soldatenrates endgültig entscheidet. Die ausscheidenden Offiziere erhalten ihre Bezüge außerhalb der Kaserne. Diese Bezüge gelten für Offiziere nicht länger als für die Mannschaften.

3. Die alten Gradabzeichen werden durch einfachere republikanische Abzeichen ersetzt.

4. Den Offizieren ist das Waffentragen nur noch im Dienst gestattet. Außerhalb des Dienstes tragen die Offiziere bürgerliche Kleidung.

Der Vollzugsausschuß des Landessoldatenrates.

Warum sozialisiert man nicht?

Durch W. T. B. verbreiten die oberschlesischen Grubenbarone folgende Nachricht:

Beuthen, 11. Januar. Der Grubenbetrieb auf der Ferdinands- und Georgsgrube ist wieder vollständig eingestellt. Die Ursache soll polnische Agitation sein. Auf allen anderen Gruben wird wieder gearbeitet. Freilich ist die Förderung gleich Null. Während in der Friedenszeit 11 000 bis 12 000 Waggons täglich zur Verladung kamen, ist diese in der letzten Zeit geringen und zurzeit noch wesentlicher zurückgegangen. Besinnen sich die Arbeiter nicht im letzten Augenblick auf ihre Pflicht, dann ist mit dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch und dem Ruin der oberschlesischen Industrie zu rechnen.

Von Uebernahme in Gesellschaftsbetrieb wollen die Unternehmer aber immer noch nichts wissen.

Posen zu Polen?

Breslau, 11. Januar. Wie aus Posen unter polnischer Zensur mitgeteilt wird, ist vorgestern durch den Posener obersten polnischen Volksrat der Anschluß Posens an die polnische Regierung proklamiert worden.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 12. Januar. Marschall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens am 15. Januar vormittag in Trier am Bahnhof beginnen werden. Sofort nach seinem Eintreffen werde er angeben, um welche Zeit die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann. — Bekanntlich nahmen an den Verhandlungen von beiden Seiten die Delegierten teil, die seinerzeit an den Verhandlungen in Compiègne und bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstandes teilgenommen haben.

Aufhebung der Blockade, damit Spartakus bekämpft werden kann? Die Neuyorker World meldet aus Paris: Die Alliierten sind nun nunmehr geneigt, die Blockade gegen Deutschland aufzuheben, um die Bekämpfung der Bolschewisten zu erleichtern. Diese Nachricht ist aber nicht bestätigt. Da am 15. Januar die Verhandlungen wegen Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen, so wird man dort näheres darüber erfahren.

Sofortige Verhandlungen über den Völkerbund.

London, 11. Januar. Die Friedensverhandlungen werden nach dem Bericht des Korrespondenten der Times in Paris mit der Behandlung eines Entwurfs für die sofortige Bildung eines Völkerbundes beginnen. Der Meinungsaustausch zwischen Wilson und den alliierten Staatsmännern habe zu diesem überraschenden Entschlusse geführt.

Die Republik in Luxemburg.

Brüssel, 12. Januar. Havas-Reuter meldet unter dem 9. Januar aus Luxemburg: In Luxemburg ist ein Staatsstreich erfolgt. Der Führer der liberalen Partei brachte in der Kammer eine Tagesordnung ein, in der die Abtretung der Dynastie beantragt wurde. Die sozialistische Partei schloß sich unter dem Beifall der Tribüne dem Antrag an. Die Rechte protestierte, während die sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten sich passiv verhielten. Der Präsident hob unter Hinweis auf lärmende Kundgebungen des Publikums die Sitzung auf. Während die Rechte den Saal verließ, dauerten die lärmenden Kundgebungen fort. Die Linke schritt darauf zur Abstimmung und erklärte einstimmig mit 30 Stimmen (die Kammer hat 62 Abgeordnete) die Dynastie für abgesetzt. Für die Errichtung einer Republik stimmten 16, dagegen 14 Abgeordnete. Darauf wurde ein Wohlfahrtsausschuß, bestehend aus vier Sozialisten und Liberalen gewählt. Zwei Kompagnien französischer Soldaten sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen worden.

Eine weitere Meldung besagt: Ein Zug von 600 Personen veranstaltete vor dem Palais der Großherzogin von Luxemburg eine Kundgebung. Sie verlangten die Abdankung der Großherzogin und die Ausrufung der Republik. Die Miliz hat ihre Offiziere abgesetzt, versieht jedoch ihren Dienst weiter. Ueberall herrscht Ruhe.

Die rechtsrheinischen Häfen besetzt! Duisburg, 12. Jan. Wie der Abschnittskommandeur der neutralen Zone mitteilt, hat die Entente bekanntgegeben, daß die rechtsrheinischen Häfen und Landungspunkte von den Ententetruppen besetzt werden. Duisburg erhält drei Kompagnien Besatzung.

England kämpft nicht mehr in Rußland! London, den 10. Januar. Reuter erfährt, daß das Kriegskabinett beschlossen habe, keine weiteren Truppen nach Rußland zu senden, außer den dort benötigten technischen Truppen. Die Gesamtzahl der britischen Truppen in ganz Rußland erreiche noch nicht 20 000 Mann. Die Frage des Feldzuges der Verbündeten in Rußland werde einer der ersten Punkte sein, der auf der Friedenskonferenz zur Besprechung komme.

Mehr Brot in Frankreich. Paris, 11. Januar. Lebensmittelminister Veret hat die Brotrationen vom 1. Februar ab auf 400 Gramm täglich erhöht.

Die Tschechen in Preßburg. Budapest, 12. Januar. Das ungarische Ministerium des Innern erhielt die Nachricht, daß in Preßburg auf Befehl des Kommandanten der tschechischen Truppen vorgestern 140 Personen erschossen worden seien.

Siebenbürgen zu Rumänien! Budapest, 12. Januar. Der rumänische Staatsrat veröffentlicht ein Dekret, durch das die siebenbürgischen Gebiete Rumäniens endgültig einverleibt werden.

44 Stunden-Woche in England.

London, 10. Januar. Reuter meldet, daß der Schiffbauerstreik im Wear nach sofortigen Zugeständnissen an die Arbeiter, denen außerdem versprochen wurde, in drei Monaten die 44stündige Arbeitswoche einzuführen, zum größten Teil beendet ist. Der Streik auf den Werften am mittleren Tyne hat sich ausgebreitet. Die Arbeiter verlangen die 44stündige Arbeitswoche unter Beibehaltung des gegenwärtigen Lohnes.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Januar 1919.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis. (U. S. P. D.)

Funktionärsitzung

ist heute, Montag, den 13. Januar, abends 7½ Uhr im Volkspark, zur Besprechung der Wahlarbeiten. Distriktsführer, die am Erscheinen verhindert sind, haben den Stellvertreter zu entsenden.

•

Zur Besprechung der Wahlarbeiten

finden am Mittwoch, den 15. Januar, abends 7½ Uhr in den bekannten Distriktslokalen in Halle

Distriktsversammlungen

statt.

Alle Parteigenossen, die sich am Tage der Wahl zur Mitarbeit zur Verfügung stellen wollen, sind dringend gebeten, dort zu erscheinen, da die Verteilung zu den einzelnen Arbeiten erledigt werden soll.

Der Vorstand.

Soldaten, sichert Euch Euer Wahlrecht!

Wie dem Wahlbureau der Unabhängigen Sozialdemokratie mitgeteilt wird, ist Anweisung ergangen, daß alle Soldaten, die am 6. Januar und später entlassen wurden, zur Wahl zuzulassen sind, wenn sie vom Truppenteil die Bescheinigung mitbringen, daß sie nicht in der Wählerliste eingetragen sind. Als Ausweis soll auch zugelassen werden der Entlassungsschein. Der vorgelegte Ausweis muß jedoch zu den Akten genommen werden. Es empfiehlt sich für diejenigen Soldaten, die eine Bescheinigung, daß sie nicht in der Wählerliste stehen, nicht erhalten haben, ein Duplikat ihres Entlassungsscheines von der Truppe, die sie entlassen hat, anzufordern, damit sie das Duplikat am Tage der Wahl am Wahltisch abgeben können.

Die Krisis im Soldatenrat.

Die Sonnabend vormittag kurz vor 11 Uhr eröffnete Sitzung des erweiterten Soldatenrates

begann mit einem aufregenden Auftakte. Der Vorsitzende Gruner verlas einige Telegramme der Regierung und des Zentralrates, in denen der Soldatenrat aufgefordert wurde, seinen Beschluß über die Entfernung der Rangabzeichen auszusetzen, bis dahingehende Erlassung der Regierung erfolgt sein. Der Soldatenrat habe nicht das Recht, auf eigene Faust solche Anordnungen zu treffen und hätte ja am eigenen Leibe die katastrophalen Wirkungen eines solchen Vorgehens verspürt. Es sei ein Erlaß in Arbeit. Doch würde man durch die fortwährenden Unruhen in Berlin sehr an der Arbeit verhindert. Nach Verlesung dieser Schriftstücke zog sich der engere Rat zu einer Besprechung zurück, die zu dem Aufsehen erregenden Entschlusse führte, daß der gesamte

engere Rat von seinem Posten zurücktrat.

Der Vorsitzende Gruner gab folgende Erklärung ab:

„Der Vorstand des S.-Rates der Stadt Halle tritt hiermit von seinem Posten zurück, erstens weil sich gezeigt hat, daß die Haltung eines wesentlichen Teils der Garnison nicht mit den Beschlüssen, die durch die Vertrauensmänner der Garnison herbeigeführt werden, übereinstimmt; zweitens da der Vorstand nicht die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß aus den Beschlüssen und der gegenwärtigen Haltung eines Teils der Mitglieder des weiteren S.-Rates Komplikationen entstehen, die sich mit den eigentlichen Bestrebungen des S.-Rates nicht vereinbaren lassen und das angestrebte Wohl der Allgemeinheit gefährden; drittens weil der Beschluß des A.-Rates, die jetzige Regierung nicht zu stützen, eine Stellungnahme des weiteren Soldatenrates erfordert, dessen Beschluß, sei er negativ oder positiv, einen Verbleib des Vorstandes in seiner Stellung unmöglich macht."

Auf Zurufe erklärte der Vorstand, daß er provisorisch die Geschäfte weiter führen wolle, bis sich ein neuer Vorstand gebildet habe. Es entspann sich eine erregte und leidenschaftliche Aussprache. Man hatte allgemein das Gefühl, daß die Ratten das sinkende Schiff verlassen wollten. Durch den Beschluß über die Entfernung der Rangabzeichen hatte man die aktiven Unteroffiziere, namentlich der Artillerie, in helle Wut versetzt. Diese noch ganz im Banne alter reaktionärer Ideen stehenden Herren haben es sich zur Aufgabe gemacht, für ihre Tressen das Leben einzusetzen, wie ja der deutsche Spießer gern für das Recht auf Dummheit sein Leben einsetzt. Der Soldatenrat war dieser neuen Lage nicht gewachsen und beschloß einstimmig, die Ausführung des Beschlusses über die Entfernung der Rangabzeichen bis zum Erlaß einer Regierungsverordnung auszusetzen.

Es entspann sich eine politische Debatte, in der mehrere Redner darauf hinwiesen, daß die Lage jetzt so ernst geworden sei, daß man sich auf das Schlimmste gefaßt machen müsse. Man kam überein, den Soldatenrat bis Dienstag abend neu wählen zu lassen, um ein klares Bild über die Auffassung der Garnison zu erhalten.

Sehr erregt wurde die Verhandlung, als man die Vorgänge beim Demonstrationszug der Bürgerlichen verhandelte. Einige Redner meinten, Sicherheitsmannschaften hätten sich in roher Weise an den vorangeführten Krüppeln vergriffen. Einige Kameraden stellten das energisch in Abrede und behaupteten, es sei ein solches Durcheinander gewesen, daß überhaupt kein Mensch mehr sagen könne, wer angefangen habe. Kamerad Adler behauptet, daß der Zug durch einige Tausend spartakistische Arbeiter gesprengt worden sei, welche Behauptung vom Vorsitzenden mit der Bemerkung abgetan wurde, daß man die Spartakisten Halles an den Fingern herzählen könne. Kamerad Adler behauptet ferner, daß der Arbeiterrat mit diesen Vorgängen in Verbindung stehe.

Genosse Kilian weist diese niederträchtigen Angriffe gebührend zurück. Er schildert, wie sich der Arbeiterrat auf ernste Ereignisse vorbereitet habe, da man einen

bewaffneten Angriff der Artillerie

mußte. Da habe der Arbeiterrat, dem ein ähnliches Schicksal droht, um militärische Sicherung gebeten. Als diese nicht erschien, habe man die Arbeiter einiger Fabriken zusammengezogen, um einigen Schutz zu haben. Erst später habe man auf sein persönliches Eingreifen Wachmannschaften geschickt. Dabei habe er ein Gespräch zwischen dem Schriftführer des Soldatenrates und dem Sekretär der abhängigen Partei gehört, des Inhalts, daß der Zug auf dem Hallmarkt enden solle. Zum großen Erstaunen aller sei der Zug jedoch durch die Leipziger Straße geleitet worden, wo es zu den bedauerlichen Zwischenfällen kam. Hätte die Zugleitung den Demonstrationszug nach dem Hallmarkt geleitet, so wäre nichts vorgefallen.

Einige Kameraden greifen die Matrosenkompagnie an, die die Waffenkammer erbrochen habe, um Zivilisten zu bewaffnen. Der Vertreter der Matrosen stellt das energisch in Abrede. Kamerad Schwarz verteidigt die Matrosen, die die besten Mannschaften des Sicherheitsdienstes darstellten.

Inzwischen erscheint eine

Abordnung von aktiven Unteroffizieren der Artilleriekaserne,

die zwei sofort zu erfüllende Forderungen stellt. 1. sofortige Aufhebung des Beschlusses über die Entfernung der Rangabzeichen. 2. Garantierung des Schutzes bei künftigen Demonstrationen, widrigenfalls man

mit Waffen auf die Straße gehen

würde. Die erste Forderung war bereits erfüllt, die zweite soll den künftigen Soldatenrat beschäftigen. — Die Kriegsbeschädigten stellen einen Antrag, daß man ihnen zu ihrer Demonstration am Sonntag genügenden Schutz gewährleisten möge, damit sie vor Angriffen geschützt seien. Dieser Schutz wird zugesichert.

Plötzlich lief eine Nachricht ein, daß in der Artilleriekaserne Studenten bewaffnet würden. Nach einigen Augenblicken kommt die Meldung, daß die Artilleriekaserne sich in erhöhtem Alarm befinde und alles zur Verteidigung bereitgestellt habe. Es seien auch

Kanonen aufgefahren.

Und warum das alles? Weil die überhitzten Gemüter der treffenschmückten Unteroffiziere glaubten, die unbewaffneten Hallischen Arbeiter wollten gegen die in eine moderne Festung umgewandelte Kaserne im Sturm vorgehen. Genosse Kilian ergreift sofort das Wort und stellt fest, daß es sich um eine Demonstration der Metallarbeiter vor dem Geschäftsgebäude der Hallischen Maschinenfabrik handelt, in der die Verhandlung über die Forderungen der Arbeiter stattfinden. Um die aufgeregten Artilleristen zu beruhigen, fahren Kamerad Gruner und Genosse Kilian sofort zu der Artilleriekaserne.

Unter andauernder Unruhe findet die Verhandlung ihr Ende.

•

Die Stellungnahme des Arbeiterrates.

Der Große Arbeiterrat war am Sonnabend für abends 8 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen worden. Man hatte Kilian und Gruner in der Artilleriekaserne schon vorbereitete

fünf Forderungen in Form eines Ultimatums

übergeben, dessen Frist Sonntag früh um 10 Uhr ablief. Und was besagte das Ultimatum? Uebergabe der militärischen Macht an die Artilleristen. Der Soldatenrat ist als solcher erledigt. Dem Arbeiterrat fehlen die zur Ausnützung der politischen Macht notwendigen Machtmittel. Die fünf Forderungen lauten:

1. Der Sicherheitsdienst wird durch Mannschaften der 75er, der 36er, der Fea und der M. G. K. übernommen.
2. Entwaffnung der Zivilisten.
3. Auflösung der Sicherheitskompagnie.
4. Der Wettiner Hof wird den Vertrauensleuten der oben angeführten Truppenformationen übergeben.
5. Die Matrosenkompagnie wird aufgelöst und muß die Stadt verlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190113-12/fragment/page=0002

Genosse **Kilian** eröffnete kurz nach 8 Uhr die Sitzung und teilte mit, daß obiges Ultimatum auch dem Soldatenrat übermittelt worden sei, der es gleichfalls berate und dessen engerer Ausschuß sich bald einfinden werde. Gen. K. schilderte nochmals die Vorgänge, die sich bis zur Stellung dieses Ultimatums verdichteten. In ernsten Worten teilte er mit, wie erregt die Artilleristen seien und wie er fast nicht wieder aus der Kaserne herausgekommen wäre. Besonders **bewaffnete Zivilisten** hätten in schlimmster Weise die Soldaten aufgehetzt und ihn beschimpft. Die Offiziere hätten sich alle Mühe geben müssen, um ihr Versprechen des freien Geleites durchsetzen zu können. Der Arbeiterrat stünde vor seiner ernstesten und schwerwiegendsten Entscheidung seit Ausbruch der Revolution. Jetzt gälte es, kühl bis ans Herz hinan die Dinge zu behandeln und zu versuchen, die Macht des Arbeiterrates möglichst unverkürzt herauszuführen.

Inzwischen erscheinen die Mitglieder des engeren Soldatenrates und teilen mit, daß sie die Bedingungen mit einigen Verbesserungen angenommen hätten, nur der 5. Punkt über die

Auflösung der Matrosenkompagnie

müsse noch beantwortet werden, weil man erst die Matrosen hören müsse. Man habe einige Erleichterungen des Ultimatums durchgesetzt, so die, daß selbstverständlich auch in Zukunft der neu zu wählende Soldatenrat die oberste militärische Behörde darstelle. Die aufzulösende Sicherheitskompagnie sollte den bevorstehenden Truppenformationen zugeteilt werden. Auch die Matrosenkompagnie könne nach ihrer Auflösung, soweit sie aus Hallensern besteht, von den übrigen Truppenteilen übernommen werden, doch müsse sie sich in feldgraue Uniformen kleiden.

Gen. **Kilian** teilt dann noch mit, daß man ihm versichert habe, daß die politischen Rechte des Arbeiterrates, die er sich erkämpft habe, nicht aufgehoben werden sollten. Mittlerweile erscheint eine **Abordnung der Artillerie, aus Offizieren und Unteroffizieren** bestehend, die an den Verhandlungen teilnimmt.

Gen. Kilian betonte, daß der Arbeiterrat bis jetzt sich noch nie in Dinge militärischer Art eingemischt habe, und sich jetzt nur mit der Angelegenheit beschäftige, weil es die Artilleristen wollten.

Die Offiziere konnten sich nicht genug tun, immer wieder zu betonen, daß, wenn die Forderungen nicht unbedingt angenommen würden, es

zu einem Blutbade

kommen müsse. Die Artilleristen seien so aufgeregt, daß man sie nicht mehr halten könne. — Man hatte unwillkürlich den Eindruck, als ob die Herren mit der fortwährenden Heraufbeschwörung des Blutbades den Arbeiterrat einzuschüchtern suchten, während sie auf der anderen Seite doch nicht recht von ihrer Macht überzeugt zu sein schienen und fortwährend wieder einlenkten. Bezeichnend war es, wie sie feststellten, daß, wenn es auf Gewalt gegen Gewalt käme, die stärkere Gewalt auf Seiten der Artillerie liege, man müsse also nachgeben. Sonst hätte man sich die Folgen des Blutbades selbst zuzuschreiben. Mit berechtigter Entrüstung wiesen die Arbeiterräte diese Beschuldigung zurück.

Gen. **Rhein** macht die Aufsehen erregende Mitteilung, daß in der Artilleriekaserne

Stundenten und Schüler bewaffnet

wurden. Von den Offizieren wird zugegeben, daß tatsächlich Studenten als sogenannte Freiwillige der Artillerie angegliedert worden seien.

Man sieht, die Herren verlangen Entwaffnung der Zivilisten, bewaffnen aber die nach Proletarierblut lechzende „goldene Jugend". Das Proletariat soll, soweit es Waffen besitzt, entwaffnet werden, damit die aktiven Offiziere und Unteroffiziere im Besitze der brutalen Machtmittel in ihre alte Klassenherrschaft aufrücken können. Freilich versicherten die Herren auf Anfrage des Gen. Kilian, daß alle Zivilisten entwaffnet werden sollten. Man habe jedoch gehört, daß 8000 Arbeiter bewaffnet worden seien. Diese lächerliche Behauptung wird richtig gestellt.

Eine scharfe Auseinandersetzung entspinnt sich zwischen den Offizieren und dem Kamerad Ferchland, der behauptet, die Offiziere der Artilleriekaserne hätten

ihr Ehrenwort schmählich gebrochen.

Er habe ihnen die Bewachung des Artilleriedepots weiter anvertraut, nachdem man ihm das Ehrenwort gegeben, daß keinerlei Waffen und Munition von dort entnommen würden. Es sei jedoch festgestellt, das Waffen und Munition in großen Mengen nach der Atilleriekaserne überführt worden seien. — Die Offiziere erwiderten, daß sie die Herausgabe von Waffen und Munition verweigert hätten, doch da hätten ihnen die Mannschaften erklärt, daß die Offiziere nichts mehr zu sagen haben und die Kameraden selbst über alles verfügten. Man könne es ja auch keinem übelnehmen, wenn er sich in den Besitz von Kampfmitteln setzte, um seine Forderungen durchzudrücken. Nach langwierigen Debatten werden

die vier ersten Punkte angenommen

und eine Deputation gewählt, die aus den Herren Thiele, Herwig und Geißler besteht, die sich Sonntag früh nach der Artilleriekaserne begeben sollten. Ueber den 5. Punkt wird die Beschlußfassung ausgesetzt und für Sonntag vormittag eine neue Sitzung des Arbeiterrates einberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Fast alle Redner treten für die Matrosen, die Avantgarde der Revolution, ein. Es sei eine Ehrensache für den Arbeiterrat, dieser Truppe seine Anerkennung durch die Tat zu zeigen. Noch im letzten Augenblick flammte der proletarische Zorn hoch, als einige Redner erklärten, daß das Proletariat sich die Schmach dieses Ultimatums nicht lange gefallen lassen werde. Das Proletariat werde einmütig

in den Generalstreik treten

Dann werde es sich zeigen, ob Handgranaten oder der Wille des kampfentschlossenen Proletariats stärker sei, und dann würden die 75er sich mit Recht die Verachtung der gesamten Einwohnerschaft Halles zuziehen.

Das Proletariat wolle und müsse siegen.

Entgleite ihm die militärische Macht, weil der Soldatenrat in der schwierigsten Situation versagt habe, so müsse es **seine wirtschaftliche Macht voll ausnützen.** Diese entschlossenen Ausführungen schienen einigen Eindruck bei den Vertretern der Artillerie zu machen. — Bemerkt sei noch, daß **die Matrosen den Wettiner Hof** bis Sonntag mittag 12 Uhr **räumen** sollten, widrigenfalls er mit **Waffengewalt** genommen werden soll.

---

* **Abschaffung des Trinkgeldes für die Gastwirtschaftsgehilfen.** Die **Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestellten-Verbände und Vereine**, Ortsausschuß Halle, hat am vorigen Donnerstag eine Vollsitzung abgehalten, in welcher die Lohnkommission Bericht erstattete über die Verhandlungen mit den Vertretern der Wirteverbände. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, nur **feste Entlohnung bei vollständigem Trinkgeldverbot** zu fordern. Um endlich in dem gastwirtschaftlichen Berufe geordnete Entlohnungsverhältnisse zu schaffen, verlangen die Angestellten, wie in allen anderen Berufen, für die geleistete Arbeit von ihren Arbeitgebern ausreichende Bezahlung. Die Kommission soll einen Lohntarif nach den örtlichen Verhältnissen ausarbeiten. Großer Unwille herrscht unter den vielen arbeitslosen Kollegen, weil in den meisten Saalgeschäften **Arbeiter** als Hilfskellner beschäftigt werden, die unseren Kollegen das Brot wegnehmen. Dies will sich die Gehilfenschaft nicht länger gefallen lassen. Sie hat daher den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft beauftragt, den Wirten ein Ultimatum zu stellen, sich bis zum 15. Januar schriftlich zu verpflichten, diese Hilfsarbeiter sofort zu entlassen und **Kellner** einzustellen, andernfalls ein Demonstrationszug nach diesen Lokalen stattfinden soll, um die Entlassung zu erzwingen.

* **Die Lohnbewegung der Metallarbeiter** beschäftigte, wie wir der bürgerlichen Presse entnehmen, am Sonnabend vormittag eine Kommission des Verbandes der Metallindustriellen. Um die Mittagszeit scharten sich dann viele hunderte Metallarbeiter aus zahlreichen Betrieben vor der Hallischen Maschinenfabrik und schickten eine Deputation hinein, um mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen zu verhandeln. Die Konferenz konnte jedoch nicht stattfinden, da der Vorsitzende gerade abwesend war. Der Verband der Metallindustriellen hat am Nachmittag eine Vollsitzung abgehalten und ist zu dem Beschluß gekommen, am Montag mit den Metallarbeitern die Verhandlungen fortzuführen, und zwar auf der Basis von Mindestlöhnen, über die noch das Nötige vereinbart werden soll. Von dem Ausgange dieser Verhandlungen dürften die Metallarbeiter ihre weitere Stellungnahme abhängig machen.

* **Das Postamt 3** (Moritzzwinger) wird am 15. Januar wieder geöffnet.

* **Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Die 192. Musik-Aufführung (ein Uebungsabend) vorwiegend Vorträge von Weihnachtsstücken findet am Donnerstag, den 16. Januar 1919, im Saale des Konservatoriums statt. Das Programm bringt Werke für zwei Klaviere, zwei- und vierhändig Klavier, Violine, Cello, Sologesang, Redekunst und Orchester, unter anderem die Weihnachtssinfonie von Haydn, den 1. Satz des Es-Dur-Konzertes von Mozart, Lieder von Leo Blech, Reinecke und Heydrich. Interessenten können im Sekretariat Eintrittsprogramme erhalten. Näheres siehe Anzeige.

* **20 000 Beutel Süßstoff gestohlen.** In der Nacht zum 9. Januar sind mittels Einbruchs etwa 20 000 Beutel Kristallsüßstoff in sogenannten Haushaltspackungen und eine größere Menge in größeren Päckchen gestohlen worden. Die kleinen Beutel befanden sich in Kartons zu je 500 Stück. Es ist anzunehmen, daß der Süßstoff unter der Hand vertrieben wird; es weeren deshalb Personen, denen solcher angeboten oder verkauft wird, gebeten, für Feststellung des Anbieters zu sorgen und der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 37 oder 38, sofort Mitteilung zu machen.

* **Ein Papierwarenbrand** entstand durch unvorsichtiges Hantieren mit einer brennenden Lame in einem Lagerraum einer Papierhandtung in der Gr. Steinstraße. Der entstandene Schaden beläuft sich auf etwa 1000 Mk.

Ammendorf. Eine große Arbeiterratssitzung ist am Dienstag, den 14. Jan., nachmittags 3 Uhr im Sitzungssaale des Amtsgebäudes. Pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorsitzende. **Schiepe.**

(Weiteres Lokales in der Beilage.)

Walhalla-Operetten-Theater.
Täglich 7½ Uhr: 4380
Die keusche Susanne
Operette von Jean Gilbert.
Kasse 10—1½ u. 4—6.

Bruno Heydrich Konservatorium für Musik und Theater.
Donnerstag, den 16. Januar, abends 6 Uhr, im Saale des Konservatoriums:
192. Musikaufführung
(Uebungsabend).
Vortrag d. Weihnachtsstücke
Interessenten können im Sekretariat Eintrittsprogramme erhalten. 4372

Alte Promenade 11a — U.T — **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Stuart Webbs
in seinem 25. Abenteuer
Der Stellvertreter
— 4 Akte —
Vorführung: 4,50 7.00 9,20

Das Fräulein von der Kavallerie
Reizvolles Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle Erika Gläßner.
Der Film war bisher von der Zensur verboten.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20
4385

Joe Deebs
in sein. neuest. Detektiv-Abenteuer
Diplomaten
— 4 Akte —
Vorführung: 4.50 7.00 9.20

Melita Petri, Herbert Paulmüller, Leo Peukert
in dem humorvoll. 2 akt. Lustspiel
Logierbesuch in der Sommernacht
Vorführung: 4.10 6.20 8.30

Apollo-Theater. 4375
Täglich abends 7½ Uhr:
„Die Prinzessin vom Nil."
Operette in 3 Akten v. Victor Holländer.
Pannekieker ... Dir. Max Walden.
Vorverkauf 9-1 u. 5-½7 Uhr, Sonntags ununterbrochen.

Stadttheater.
Dienstag, 14. Januar 1919, nachmittags 3½ Uhr: 4371
Schneewittchen.
Abds. 7½ Uhr, Ende 9¼ Uhr.
Ueber unsere Kraft. I.
Schauspiel von Björnson.
Mittwoch nachmittag:
Schneewittchen
Mittwoch abend:
Ueber unsere Kraft. II.

Welt-Panorama,
Gr. Ulrichstrasse 4/5, I.
Vom 12.—18. Januar 1919:
1. **Japan.**
2. **Tirol vom Bodensee, Oetztal Insbruck.** 4387

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung.

Metallarbeiter-Verband Verwltg. Halle.
Mittwoch, 15. Januar, abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus":
Branchen-Versammlung
der Bauschlosser.
Tagesordnung:
Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen.
Die Kollegen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.
4391 Die Verwaltung.

Kammer-Lichtspiele Grosse Steinstr. 24
Vom 14. bis 18. Januar 1919:
„Die Insel der Verdammten"
4386 Grosses Drama in 5 Akten
mit **Ebba Thomsen** in der Hauptrolle.
„Komteßchen Uebermut"
Lustspiel in 3 Akten, mit **Oskar Stribolt.**

Reichswahlgesetz
vom 30. November 1918.
1. **Verordnungen** über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Wahltag: Sonntag, 19. Januar 1919.
2. **Wahl-Verordnungen für die Wahl** nebst erläuternden Beispielen und ausführlichem Sachregister.
Preis 75 Pfg., Poto 7½ Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle (Saale) Harz 42/44.

Thalia-Säle.
Dienstag, den 14. Januar, von abends 7 Uhr ab:
großer Ball
bei stark besetztem Orchester. *2507

„Oberpollinger"
Täglich: **Großes Künstler-Konzert**
der beliebten Hauskapelle. 4373
Morgen, Dienstag **Ehren-Abschiedsabend**
des beliebten **Harry Thera.**

Tirpitz,
der Totengräber der deutschen Flotte.
Von **Persius,** Kap. z. S. a. D.
Preis 58 Pfg., Porto 7½ Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle,
Harz 42/44.

Gummisohlen und -Absätze, Vollholzsohlen, Holzabsätze, Holzoberflecke, Einlegesohlen, Schuhcreme, Schnürbänd., Absatzstifte, Sohlenschoner, Sohlennägel
4040 empfiehlt
H. Wettstein, Gr. Ulrichstr. 53.
Grosse Posten Scheuertücher eingetroffen.

Aus dem Felde zurück,
beehre ich mich, meiner werten Kundschaft anzuzeigen, daß ich meine
Fleischerei,
Lauchstädterstr. 14, 4374
nach Neuanmeldung zur Kundenliste wieder eröffne.
Anmeldungen werden täglich angenommen.
Karl Hüttenrauch, Fleischermeister.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Neu! Neu!
Wähler und Sozialdemokrat.
Ein Gespräch über Privateigentum, Enteignung und Sozialismus.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Bock & Füssl
Papierwarenfabrik, Halle a. S.,
Grünstrasse 29, Hof, Fabrikgebäude 2. Stockwerk,
haben den Betrieb wieder aufgenommen u. empfehlen:
Karneval-Artikel
Kopfbedeckungen
Cotillons-Artikel 4320
Saal-Dekorationen
Lampions
Verlosungs- und Scherzartikel.
∴ Allergrösstes Lager und reichhaltigste Auswahl. ∴ Billigster Einkauf für Vereine, Saalinhaber, Tanzlehrer und Hausgesellschaften. ∴ Vorteilhaft für Händler und Marktreisende. ∴ Muster-Ausstellung eröffnet. ∴ Besuch erbeten. ∴ Geschäftszeit: ½9—½1 Uhr u. 2—6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190113-12/fragment/page=0003

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschl.

Oeffentliche Wählerversammlungen im Saalkreis.

Am Dienstag, 14. Januar, in:

Mötzlich
abends 8 Uhr im Posthorn.
Referent: Genosse Gelhaar.

Am Mittwoch, 15. Januar, in:

Brachstedt
abends 8 Uhr im Gasthaus Hennicke.
Referent: Genosse Riebenstahl.

Könnern
abends 8 Uhr im Bürgergarten.
Referent: Genosse Raute.

Seeben
abends 8 Uhr in Richters Lokal.
Referent: Genosse Rössler.

Wettin
abends 8 Uhr in der Weintraube.
Referent: Genosse Bowitzki.

Männer und Frauen erscheint in Massen!

4390 **Der Einberufer.**

Circus Henny's Gastspiele

Merseburg, Kaiser Wilhelms-Halle, Hallesche Strasse.
Der Saal ist vollständig zum Circus umgebaut und gut geheizt.

Dienstag, 14. Januar, abds. 8 Uhr:

Grosse Fest-Vorstellung

Mittwoch: 2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr:
Grosse Kinder-, Familien- und Fremden-Vorstellung.
(Kinder unter 12 Jahren halbe Preise),
abends 8 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Riesen-Grossstadt-Programm.
Erstklassiges Künstler-Personal.
Erstklassiges Pferde-Material.
*250 Attraktion I. Ranges.

Preise der Plätze: Loge 4 Mark, Sperrsitz 3 Mark, 1. Platz 2 Mk., 2. Platz 1.50 Mk., Gallerie 0.80 Mk.

Vorverkauf bei Kaufmann Frahner, Kleine Ritterstrasse.

Ansichtskarten
empfiehlt die Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Pa. Gummi-Lösung
in Tuben empfiehlt
E. Kertscher,
Unt. Leipzigerstrasse 26
4312 u. Gr Ulrichstr. 62.

Auktion!
Dienstag, d. 14. d. Mts., nachm. 1 Uhr, sollen in Halle a. S., Händelpark, Nikolaistr. 6, freiwillig versteigert werden: Vertikos, Kleiderschränke, Küchenmöbel, ovale Tische, Nähmasch., Musikw., v. f. Gastw., engl. Bettst. m. M., Waschtisch, Kommode, Motorrad v. Ver. u. v. a. S. Die Gegenstände sind gebr., jed. sehr gut erh. Besicht. bei von 11 Uhr an.
Günther Lich, Auktionator
Spitze 15. 4363

Beschlagnahmefreie Felle
werden gegerbt. 4070
Annahme: Kl. Ulrichstraße 3 I. Tel. 4377.
Kürschnerei u. Fellhandlg.

Bartflechte
und Hautausschläge aller Art, auch veraltete Fälle, beseitigt in wenig Tag d. bestempfohl. **Bardasan.** Zahlreiche Anerkennungen. Flasche 5.40 geg. Nachnahme durch [*2498
Gust. W. Anscaer, Dessau (Anh.) 84.

Für Schuhmacher!
Viktor-Nagelmaschine und Ausputzmaschine m. Mot. und Riemenscheiben zu verk. [*2497
Lederhandlg., Brüderstr. 13.

Hasen-, Kanin- und andere Sorten Felle
kauft zu
höchsten Preisen
A. Weise, 4378
Rannischestr. 1. Tel. 1667.

Guterh. Sofa, Bettstellen m. Matratzen, Federbetten und andere Möbel zu verk.
E. Dippold, Große Geiststraße 12, part. 4367

Ein grösseres Haus-Eckgrundstück
(Nähe der Universität und Neuem Theater),
für Invaliden od. Buchhändler usw. pass., steht sofort preiswürdig z. v.
Nähere Auskunft erteilt
Kirsten, *2458
Ramsin bei Sandersdorf, Kreis Bitterfeld

Gebraucht. Galvanoskop 4376 kauft
Hartmann, Harz 4 II.

2 Jacketts für ältere Damen bill. z. vk. Bergstr. 4 I l. [4364

Stoffe, Seide u. Trikotagen
kaufen Sie noch sehr preiswert 4370
im Partiewarengeschäft
S. Biletzky,
Leipzigerstr. 108. I. Et.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandl.

100 M. Belohnung!
Demjenigen, der mir meinen, am Freitag nachm., entlauf
Jagdhund
(Brauntiger, 2 Narben an der Stirn) zurückbringt. [4377
Hirsch-Apotheke.

Hotel Hohenzollernhof,
Magdeburger Str. 65,
werden mehrere tüchtige
Küchen- und Reservemädchen
verlangt. 4366

Tüchtig. Mädchen
in kinderl. Haushalt gesucht.
G. Meye, Triftstr. 19a. 4382

Friseurlehrling
kann sofort oder Ostern unter günst. Bedingungen eintreten
4383] G. Meye, Triftstr. 19a.

Lehrfräulein
gegen monatliche Vergütung sucht 4379
Aluminium-Kiessler,
Brüderstr. 16, gegenüber Bath.

Oeffentliche

Wählerversammlungen

In Schmiedeberg:
Donnerstag, den 16. Januar, abends 1/28 Uhr im Hotel Malsch.

In Großwig:
Freitag, den 17. Januar, abends 1/28 Uhr im Gasthof zur guten Quelle.

In beiden Versammlungen spricht Genosse **Schaper-Kleinwittenberg** über

Revolution — Gegenrevolution — Nationalversammlung.

*2506 **Der Einberufer.**

Mücheln.

Dienstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus:

Oeffentliche Frauenversammlung.

Tagesordnung:
Die Wahlen zur Nationalversammlung.
Referentin: Frau Koenen-Merseburg.

Alle Frauen sind hierdurch eingeladen.

*2509 **Der Einberufer.**

Roßfleisch-Verkauf.

Dem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich am **Dienstag, den 14. Januar, früh 9 Uhr,** Anmeldungen von Kunden annehme. 4384

Adolf Pretzsch, Liebenauer Str. 20.

Das jetzt zur Verteilung eingelangte Nähgarn wird nunmehr in den zugelassenen Geschäften an die Haushaltungen abgegeben. Der Einkauf muß in demselben Geschäfte erfolgen, in dem der betreffende Haushalt zur Kundenliste angemeldet ist. Es erhalten:

Haush. m.	1 Perf.	1 R. Baumwollfäd. (200 m)			
"	2 "	1 "	"		
"	3 "	1 "	"	und	5 gr. Stopfgarn
"	4 "	2 "	"	"	5 "
"	5 "	2 "	"	"	10 " Strickgarn
					5 " Stopfgarn
"	6 "	3 "	"	"	10 " Strickgarn
					1 Stern Leinenzwirn
"	7 "	3 "	"	"	2×10 gr. Strickgarn
					1 Stern Leinenzwirn
"	8 "	4 "	"	"	2×10 gr. Strickgarn
					2 Sterne Leinenzwirn
"	9 "	4 "	"	"	3×10 gr. Strickgarn
					2 Sterne Leinenzwirn
"	10 "	5 "	"	"	3×10 gr. Strickgarn
					3 Sterne Leinenzwirn
"	11 "	6 "	"	"	3×10 gr. Strickgarn
					3 Sterne Leinenzwirn
"	12 "	6 "	"	"	3×10 gr. Strickgarn
					3 Sterne Leinenzwirn

u. s. f.

Der Verkauf der Nähfäden erfolgt gegen Abgabe des dem Käufer seinerzeit eingehändigten und von dem betreffenden Geschäft abgestempelten Bestellabschnitten der blauen Garnkarte. Der Einkauf muß bis Sonnabend, den 18. Januar 1919, erfolgen. Die bis dahin nicht eingeholten Rollen verfallen. Andrang vor den einzelnen Geschäften ist zu vermeiden, da jeder Haushalt die ihm auf Grund seiner Karte zustehende Menge erhält.

Die belieferten Abschnitte sind von den Geschäften sortiert und gebündelt spätestens Dienstag, den 21. Januar, dem Stadternährungsamt, (Zwirnverteilungsstelle) einzureichen, zugleich ist der Restbestand an sämtlichen Nähfäden zu melden.

Ein Ersatz für verlorene Zwirnkarten kann bei der uns zur Verfügung stehenden geringen Menge nicht gegeben werden, ebenso findet ein Umtausch von Zwirnkarten (falls der Haushalt inzwischen größer geworden sein sollte) nicht statt.

Für die Verteilung an Gewerbebetriebe, Anstalten usw. ergeht noch besondere Bekanntmachung.

Halle, den 9. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Familien-Nachrichten.

Nach langem Hin- und Herschreiben erhielten wir am 9. Januar 1919 von seiner Staffel die traurige Nachricht, daß unser lieber, braver, einziger Sohn, mein herzensguter Pflegebruder, der Flugzeugführer

Gefreiter Georg Hansky,

in der Nacht am 21. Juli 1918 bei Dünnkirchen heruntergeschossen wurde und gleich darauf in Gefangenschaft in Peroyse im vollendeten 24. Lebensjahre gestorben ist.

Nietleben, den 12. Januar 1919. 4381

In tiefem Schmerze die trauernden Eltern
Hermann Hansky und Frau,
Otto Meyer, als Pflegesohn.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim plötzlichen Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams **Karl Polok** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Braune sowie Herrn Lehrer Gülling nebst Schuljugend. Dank der Beamtensowie Arbeiterschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins. Dank der Jugend zu Canena.

Canena, den 10. Januar 1919.

*2499 Die trauernden Hinterbliebenen nebst Braut und Schwager M. Wilke, Homburg.

Verordnung

zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.
Vom 28. Dezember 1918

Artikel I.

Auf Grund von § 9 Abs. 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2. Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt.

Bescheinigung

(Truppenteil) (Datum)

Der (Vor- und Zuname) ______
geboren am ______
(Stand oder Gewerbe) ______
wohnhaft in ______
wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt.

(Dienstsiegel) (Unterschrift)
(Dienstgrad)

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

Artikel II.

In Ergänzung des § 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet:

Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Artikel III

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten — Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern — Dr Preuß.

F.

Konsumverein für Dieskau u. Umgegend, Sitz: Zwintschöna

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Bilanz am 30 September 1918.

Vermögen.	M	Pf	Verpflichtungen.	M	Pf
Kassa-Konto	9	18	Mitglieder-Geschäftsguthaben-Konto	10 594	25
Giro-Konto	5 451	63	Mitglieder-Sparrabatt-Konto	19 681	76
Bankeinlage-Konto	39 268	60	Kautions-Konto	3 200	—
Beteiligungs-Konto	1 199	—	Konto-Korrent-Konto	98	[illegible]
Rabatt-Rückgewähr-Konto	50	—	Reservefonds-Konto	8 014	[illegible]
Waren-Konto	17 000	—	Dispositionsfonds-Konto	11 029	[illegible]
Utensilien-Konto	450	—	Notstandsfonds-Konto	2 200	—
			Gewinn-Konto	8 610	[illegible]
Summa	63 428	41	Summa	63 428	[illegible]

Gewinne und Verluste.

Soll	M	Pf	Haben	M	Pf
An Unkosten	14 088	87	Per Vortrag	1 530	26
" Utensilien	150	—	" Diskont und Zinsen	1 706	80
" Gewinn	8 610	10	" Waren, Gewinn	19 612	91
Summa	22 848	97	Summa	22 848	97

Die Zahl der Mitglieder beträgt am 30. September 1918 576

Die Haftsumme betrug am 1. Oktober 1917 16,920 M

Die Haftsumme verminderte sich um 29 × 30 Mark 870

Summa: 16,050 M

Die Haftsumme vermehrte sich um 41 × 30 Mark 1,2[illegible]

Die Haftsumme beträgt am 30. September 1918 17,[illegible] M

Zwintschöna, den 30. September 1918.

Der Vorstand.

Franz Sattler. Wilhelm Hauschild. Paul Egert.

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und für richtig befunden.

Der Aufsichtsrat.

Robert Siebert. Albert Zieger. Otto Möbert. Albert Pfeifer.
Wilhelm Teichmann. Gustav Horn. *2303

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190113-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Januar 1919

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Die Ereignisse des Sonntags.

Was einsichtige Genossen schon vorher behaupteten, hat sich zutreffend erwiesen: Das Ultimatum der Artillerie war ein niederträchtiger Bluff.

Die „Aktiven" hatten ihre Mannschaften nur aufgeputzt. Ein kleiner Zusammenstoß genügte, um die Schwäche der Herren bloßzustellen. Noch während der Nacht hatten die Herrschaften, die so sicher behaupteten, die ganze Garnison hinter sich zu haben, die beiden Kasernen der 36er in der Reilstraße und auf dem Roßplatze besetzt. So also sah die „Einstimmigkeit" der Garnison aus, die man mit Waffengewalt zu erzwingen suchte. Den 36ern wurde mitgeteilt, daß der Soldatenrat gestürzt worden sei. Als dann die Wahrheit bekannt wurde, warf man die ungeladenen Gäste wieder hinaus. Als am nächsten Morgen ein Auto mit vier Artilleristen und einem Offizier dieser Waffengattung erschien, wurde der Offizier in Schutzhaft genommen. Die Herren wollten dort „politische Aufklärung" treiben.

So ging es in den Kasernen zu. Und die Matrosen, die tapferen Vorkämpfer der Revolution! Wie ein Mann hatten sie noch in der Nacht beschlossen, den Wettiner Hof nicht zu räumen. Im Wettiner Hof herrschte schon in den frühen Morgenstunden ein reges Treiben.

Der Soldatenrat hat sich gegen 9 Uhr im Stadthaus versammelt, wo er als Ganzes über das Ultimatum Beschluß fassen soll. Die Matrosen schickten keine Deputation sondern nur einen Brief, in dem sie erklärten, ausharren zu wollen. Der Soldatenrat schien sich bewußt geworden zu sein, daß das Ultimatum ein böses Ding sei, und er nahm es nur mit 15 Stimmen an, während einige dagegenstimmten, der größte Teil aber sich der Abstimmung enthielt. Ueber die Matrosen konnte natürlich auch hier kein Beschluß gefaßt werden.

In den Nachmittagsstunden hatte sich ein

„Demonstrationszug" der „Aktiven"

und einiger junger Leute, Schüler und Studenten, gebildet, der unter Vorantragung von Fahnen durch die Stadt ziehen wollte. An der Magdeburger Straße kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Von unbekannter Seite wurde die Fahne, trotz Widerstandes der Sicherheitsposten, den Vordersten entrissen. Da fällt, wie an den vorhergegangenen Tagen,

ein Schuß aus den Reihen der Demonstranten.

Ein Matrose wird durch ihn schwer am Kopfe verletzt. Weitere Angriffe erwartend, erwidern die Matrosen das Feuer aus einem Maschinengewehr. Wenige Minuten später fällt aus einem Hause neben dem Wettiner Hof ein Schuß auf die Maschinengewehrbesatzung des Wintergartens, die das Feuer erwidert und die Fassade mit Maschinengewehrfeuer bestreicht. Dazwischen krachen Flintenschüsse. Die Matrosen sind über den heimtückischen Ueberfall erbittert und sprengen mit drei Handgranaten das Tor des Hauses, das durchsucht wird. Leider ist wie immer ein Unschuldiger getroffen worden. Eine Frau erhielt einen Halsschuß. Vorher war ein dreizehnjähriger Knabe schwer verletzt worden, von welcher Seite, weiß keiner zu sagen. Auch die Besatzung des Wettiner Hofes zählt mehrere auch schwere Verwundete.

Da verbreitet sich das Gerücht, die Artillerie wolle angreifen, auf der anderen Seite entsteht die Nachricht, die Matrosen wollten angreifen. Von beiden Festungen, dem Wettiner Hof und der Artilleriekaserne aus, setzt sich eine Abteilung zur Feststellung dieser Gerüchte in Marsch. Sie stoßen unterwegs zusammen. Da erteilt Kamerad Ferchlandt den Befehl: Waffen entladen! Das geschieht und

Matrosen und Artilleristen verbrüdern sich.

Sie haben erkannt, daß es nur einen gemeinsamen Feind gibt, die Gegenrevolution von rechts, den Kapitalismus, den Todfeind des Proletariats. Arm in Arm, so ziehen die jungen Menschen, die sich noch kurz zuvor so feindlich gegenüberstanden, weil sie andere Waffenröcke trugen, durch die Stadt.

■

Es ist unendlich zu bedauern, daß es zu unüberlegten, verhängnisvollen Schießereien und zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. Zu beklagen sind vor allem die unschuldigen Opfer dieser folgenschweren Ausschreitungen. Die bürgerliche Presse ist natürlich mit ihrem Urteil rasch fertig: Sie bürdet, in holder Uebereinstimmung, alle Schuld den „spartakistischen Elementen" auf. Und dazu zählt sie ohne viel Federlesens auch die ganze Matrosenkompagnie. Herr Justizrat Wolfgang Herzfeld besaß gar den guten Geschmack, am Sonntage in einer Ansprache, die er vor der Marienkirche an die bürgerlichen Demonstranten hielt, frei, froh, fr—isch die Behauptung aufzustellen: „. . . Wenn die Spartakusleute in Berlin geschlagen sind, wollen sie ihr Hauptquartier nach Halle verlegen . . ." Nein, was der Mann doch nicht alles weiß!

Auch wenn aus den Reihen der bürgerlichen Demonstranten und aus einem Hause in der Magdeburger Straße — wie einwandfrei feststeht! — zuerst auf die Matrosen geschossen worden ist, reicht diese Tatsache nach unserer Ansicht nicht aus, nun gleich Maschinengewehrfeuer auf die Menge zu richten! Aber die Feststellung, daß nicht die Matrosen es waren, die zuerst schossen, beweist doch auch genugsam, daß die Demonstration nicht ganz so „harmlos" war, wie sie die bürgerliche Presse hinzustellen beliebt. Wir haben den sicheren Nachweis dafür, daß eine ganze Reihe der Demonstranten Waffen bei sich trugen. — Wenn die Hallischen Nachrichten von heute morgen von „mehreren Toten" als Opfer der Schießerei berichten, so ist diese Meldung — erfreulicherweise — übertrieben. Seinen Verletzungen erlegen ist — beklagenswerterweise — jetzt nur der 14jährige Sohn des in der Frankestraße wohnenden Kaufmanns Pfifferling, der einem Kopfschuß erhielt. — Wie groß im übrigen die Zahl der Verletzten überhaupt ist, darüber liegen uns bis zur Stunde genaue Mitteilungen noch nicht vor. Hoffen wir, daß sich derartige bedauerliche Vorgänge nicht wieder ereignen mögen!

Die Eisenbahner geschlossen hinter dem Arbeiterrat.

In der sechsten Abendstunde des Sonntags zogen die in der Kaiser-Wilhelms-Halle versammelt gewesenen, etwa tausend Mann starken Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten zum Markt, um für den Arbeiterrat zu demonstrieren. Durch Zulauf erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer bald auf einige tausend. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Deputation zum Arbeiterrat zu schicken und diesem das Vertrauen der gesamten Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten auszusprechen. Die Deputation erschien darauf in der Sitzung des gerade tagenden Rates. Ihr Sprecher Hennig führte aus er habe den Auftrag, zu erklären, daß die Demonstranten gleich allen anderen Hallischen Arbeitern hinter dem Arbeiterrat ständen und daß dieser die Versicherung entgegennehmen könnte, daß die Eisenbahner ihre ganze wirtschaftliche Kraft, wenn es sein muß, bis zur Stillegung des gesamten Verkehrs, zur Verfügung stellen würden, wenn es gelte, die Macht des Arbeiterrats Halle gegen irgendwelche Angriffe zu verteidigen. Genosse Kilian sprach der Deputation den Dank des Arbeiterrats für das bekundete Vertrauen aus und bat die Deputation, den Versammelten zu sagen, daß der Arbeiterrat sich dieses Vertrauens stets würdig erweisen und von der zugesagten Unterstützung Gebrauch machen würde, wenn die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen wären. Die Demonstranten verlangten stürmisch, daß der Arbeiterrat selbst zu ihnen spräche. Darauf führte der Vorsitzende, vom Stadthausbalkon herab sprechend, aus, daß der Arbeiterrat stolz sei auf die unbedingte Unterstützung der Eisenbahner. Das Bekenntnis der Demonstranten habe ihn gerade deshalb erfreut, weil er infolge der Auflösung des Soldatenrates in der schwierigsten Lage allein auf die Arbeitermassen angewiesen wäre. Bei einem Hallischen Truppenteil habe in diesen Tagen große Aufregung geherrscht, angeblich, weil die Arbeiter bewaffnet gegen sie vorgehen wollten. Diese Aufregung sei gänzlich unangebracht gewesen. Die Arbeiter hätten gar nicht nötig, Waffen zu ergreifen und Blut zu vergießen, denn das sei im Krieg genug geflossen. Aber sie hätten die Waffe ihrer wirtschaftlichen Kraft, die der Arbeitsverweigerung, und gegen diese Waffe würde niemand ankommen können. (Lebh. Beifall.)

Kilian führt weiter aus, es seien neben vielen anderen Gerüchten in der Stadt erzählt worden, er sei von seinem Amt zurückgetreten. Er denke gar nicht daran zurückzutreten. Er werde die Sache der proletarischen Revolution nie im Stiche lassen, so lange er wisse, daß die Arbeitermassen einmütig hinter dem Arbeiterrat und seiner entschieden politischen Haltung ständen. Er werde aushalten bis zum letzten Atemzuge, bis zum letzten Blutstropfen, bis zum Sieg des Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Die Kundgebung war so umfassend geworden, daß der Straßenbahnverkehr auf den Linien Markt—Leipziger Straße kurze Zeit unterbrochen werden mußte. Mit einem donnernd widerhallenden Hoch auf die sozialistische Republik und den Sozialismus gingen die Demonstranten auseinander.

Demonstration der Kriegsbeschädigten.

Ein ergreifendes Bild zeigte der Marktplatz in der Mittagstunde. Eines, das dem Volke noch einmal mit aller Deutlichkeit vor Augen führte, welch ein Verbrechen an der Menschheit verübt worden ist durch jene Gewalten, dessen unheilvolle Machtpolitik und deren militärische Diktatur auch Deutschland in den unheilvollen Strudel des Weltkrieges ohne Ende gerissen hat. Weit mehr als tausend Kriegsbeschädigte und ebenso viele ehemalige Kriegsteilnehmer, die sich im Kriegsbeschädigtenrat für Halle eine wirkungsvolle Interessenvertretung geschaffen haben, hatten sich zu einem Demonstrationszug vereinigt. Mehrere Schilder wurden mitgeführt, auf denen zu lesen war: „Kein Mitleid, sondern Recht verlangen wir"; „Dr. Rive hält uns für ein Verkehrshindernis" u. a. Nach Rücksprache mit den Vertretern des Arbeiterrats, der dem Kriegsbeschädigtenrat den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß der Ueberlassung von zwei Mandaten für den Großen Arbeiterrat mitteilte, begab sich der Vorstand auf den Altan des Rathauses, wo zunächst Herr Günther, ein Kriegsblinder, eine Rede hielt, über die Bestrebungen des Kriegsbeschädigtenrats und seine Forderungen an den Magistrat. Es seien durchaus berechtigte Forderungen gewesen, auf Zuweisung kräftiger Nahrungsmittel für durch Verwundung oder Krankheit besonders geschwächte Leute, auf Festsetzung besonderer Badestunden im Stadtbad für Verstümmelte und auf Einräumung von billigeren oder kostenlosen Straßenbahnfahrten für sie. Der Magistrat habe sich leider bisher ablehnend verhalten; das hätten die Männer, die dem Vaterlande ihr Bestes, ihre Gesundheit, geopfert hätten, nicht verdient, daß man sie in solcher Weise behandle. Ganz besonders müsse gegen den Oberbürgermeister Dr. Rive Stellung genommen werden, der auch heute nicht erschienen sei und der sich erlaubt hätte, zu sagen, die Kriegsbeschädigten seien ein Verkehrshindernis. (Pfuirufe, Nieder mit Rive!) Dieser Mann dürfe nicht mehr auf seinem Posten verbleiben. (Stürmische Zustimmung.) Zumal er auch während des Krieges die Sache der Vaterlandspartei vertreten hätte, deren Wirken auf Verlängerung des schrecklichen Völkergemetzels gerichtet gewesen sei und in deren Berliner Versammlung seinerzeit der schmachvolle Angriff auf die eingeladenen Kriegsbeschädigten erfolgt wäre. (Pfuirufe.) Die Kriegsbeschädigten verlangten nicht Mitleid, sondern Recht. Daß es ihnen würde, dafür würde der Kriegsbeschädigtenrat und die Organisation sorgen, um dessen Stärkung der Redner ersuchte. Der Arbeiterrat habe die beiden verlangten Sitze gewährt (Bravorufe), damit seien die Differenzen der Kriegsbeschädigten mit ihm erledigt. Der Vorschlag des Redners, den Demonstrationszug bis vor die Wohnung des Oberbürgermeisters am Kirchtor fortzusetzen, fand jubelnde Zustimmung und wurde zum Beschluß erhoben.

Genosse Kilian erklärte für den Arbeiterrat, daß er mit dem Kriegsbeschädigtenrat gar keine Differenzen bekommen könnte, denn er vertrete ja gerade die Interessen der Leidenden und Darbenden. Er werde stets für die berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten seinen Einfluß aufbieten. An den Kriegsbeschädigten sei es, hinter dem Arbeiterrat zu stehen. Die Differenzen mit ihm (dem Redner) seien aus einem Mißverständnis entstanden. Daß der Kriegsbeschädigtenrat die wirtschaftliche Interessenvertretung der Kriegsopfer sei, die anerkannt werden müsse, das habe er erst in der letzten Magistratssitzung erklärt (Beifall) gegenüber dem Oberbürgermeister, der gefragt habe, was denn eigentlich der Kriegsbeschädigtenrat für Leute seien. (Rufe: Unerhört! Nieder mit Rive!) In den Verhandlungen mit den Unternehmern hat der Arbeiterrat bisher immer die Forderung vertreten, daß die Kriegsbeschädigten als vollwertige Arbeiter zu betrachten und zu entlohnen seien. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sache der Kriegsbeschädigten könne in Zukunft am besten gefördert werden, wenn ihr Rat mit dem Arbeiterrat zusammenarbeite. (Lebhaftes Bravo!) Dahin würde der Arbeiterrat zu streben bemüht bleiben. (Beifall.)

Nunmehr zog der Zug nach dem Kirchtor vor die Wohnung des Oberbürgermeisters. Rings um das Haus wurde Aufstellung genommen. Als bekannt wurde, daß Herr Rive auch hier nicht anwesend sei, erhob sich lebhafter Unwille, Verwünschungen wurden laut. Darauf versuchte ein Polizeikommando unter Führung von Inspektor Goldmann und Kommissar Miethke, die Demonstranten zurückzudrängen, sie erreichten aber nur, daß sich die Empörung der Menge nun auch gegen die Polizeibeamten richteten. Wie uns mitgeteilt wird, sind sie erst dann verprügelt worden, als die Säbel blank gezogen worden waren. Kommissar Miethke, ein Beamter, der wenig Freunde in Halle besitzt, soll den Löwenanteil der Schläge bekommen haben. Dem Vorstand des Kriegsbeschädigtenrates gelang es bald, die Demonstranten zu beruhigen und die Straße zu räumen. Irgendwelche Beschädigungen am Hause des Oberbürgermeisters sind, entgegen in Umlauf gesetzten Schwätzereien, nicht erfolgt.

---

* **Stadttheater.** Heute, Montag, gelangt Das Dreimäderlhaus zur Aufführung. Dienstag Ueber unsere Kraft (1. Teil). Mittwoch Ueber unsere Kraft (2. Teil), Donnerstag Tiefland, Freitag Die weiße Dame. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag wird nachmittags 3½ Uhr das Märchen Schneewittchen gegeben.

* **In den U.-T.-Lichtspielen Leipziger Straße 88** sieht man ein neues Detektivabenteuer des altbekannten Joe Deebs: Diplomaten. Stürmische Heiterkeit erzielt das Lustspiel Logierbesuch in der Sommernacht, in dem das so beliebte Kleeblatt Petri, Peukert und Paulmüller wieder einen gesunden Humor entwickelt.

* **In den U.-T.-Lichtspielen Alte Promenade 11 a** wird ein neues Stuart-Webbs-Abenteuer gezeigt: Der Stellvertreter. In dem Lustspiel Das Fräulein von der Kavallerie zeigt Erika Glässner ihre überaus feine Lustspielbegabung.

Rietleben. Zu den bevorstehenden Nationalwahlen ist unser Dorf in zwei Stimmbezirke eingeteilt. Der erste Bezirk wählt in Markgrafs Lokal und enthält folgende Straßen: Bruderstraße, Kolonistenstraße, Kröllwitzer Straße, Dölauer Straße, Dorfplatz und Eislebener Straße. Der zweite Bezirk wählt im Gasthof zur Sonne und enthält folgende Straßen: Feldstraße, Gartenstadt, Granauer Straße, Hallesche Straße, Heidestraße, Paul-Heidenreich-Straße, Passendorfer Straße, Quellgasse, Schulhof, Weisestraße, Hallesche Zementfabrik, Ziegelei Nordmann, Irrenanstalt und Hilfslazarett Rietleben.

Aus der Provinz.

Regierungsfeindliche Geistliche an der Arbeit!

Vom Bez.-A.- und S.-Rat geht uns folgende Kundgebung zu:

In Bibra, Kölleda und anderen Orten ist durch den Arbeiterrat festgestellt worden, daß die Geistlichen den Versuch machen, auf ganz besondere Art ihre Schäfchen an sich zu fesseln. In den Orten des dortigen Kirchenkreises gehen Listen herum, an deren Kopf es heißt: „Gegen die Entchristlichung der Schule und für Aufhebung des Ministerial-Erlasses vom 29. November 1918 erklären sich die Unterzeichneten durch Unterschrift . . . ." Man will damit angeblich das Beten in der Schule retten und den Kindern den Religionsunterricht weiter erhalten. Auch durch die besondere Art des Ersatzunterrichtes sucht man jetzt die vom Religionsunterricht fernbleibenden Kinder wieder zur Religionsstunde zurückzubringen. Indirekt will man durch Klagen der Kinder die Eltern zum Unterschreiben der Listen drängen.

Der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat hat in seiner Vollsitzung zu dieser regierungsfeindlichen Propaganda Stellung genommen und erklärt:

„Soweit diese Propaganda von Amtspersonen in ihrer amtlichen Tätigkeit ausgeübt oder gefördert wird, wird dem als unstatthaft energisch entgegengetreten werden. Jeder Amtsmißbrauch gegen die Meinungsfreiheit der Bevölkerung und jede irgendwie geartete amtliche oder dienstliche Beeinflussung der politischen Denkweise der Eltern durch Schul- oder Kirchenbehörden oder ihrer Einzelorgane muß aufhören. Ob sich die Eltern der Kinder von den persönlichen und politischen Ansichten der Geistlichen beeinflussen lassen wollen, unterliegt der freien Meinung und Willensentschließung des einzelnen."

Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat zu Merseburg.

J. A.: W. Koenen, Konrad Müller.

Volkskundgebungen im Mansfelder Land.

Am Sonntag demonstrierte fast das ganze Mansfelder Volk für die freie sozialistische Republik. Gewaltige Menschenmengen waren es, die öffentlich ihre Stimmung kundgaben gegen den alten Herrschaftsstaat und sämtliche bürgerlichen Parteien, die bereit sind, den endlich überwundenen Bureaukraten- und Militärstaat wieder aufzurichten. Jene Finsterlinge werden gesehen haben, daß es große Opfer kosten würde, wenn versucht werden sollte, gegen den Willen der Massen den reaktionären Staat mit Gewalt aufzurichten. Sie sind gewarnt. — Den Auftakt gab am Sonnabend eine Riesenversammlung im Wiesenhaus, wo Genosse Fritz Kunert vor etwa 1800 Personen unter stürmischem Beifall sprach.

Am Sonntag sammelte sich die sozialistische Arbeiterschaft Eislebens und der umliegenden Dörfer am Knappschaftskrankenhause. Wohl 10 000 Personen marschierten im Zuge. Unabhängige und Scheidemänner, auch eine Spartakusgruppe war vertreten. Sechs Musikkorps und 30—40 Fahnen begleiteten den Zug vom Mühlplatz, Breiteweg, Nußbreite, Freistraße zum Markt. Hier erschallte vom Rathausbalkon vom Gesangverein Hoffnung das alte Kampflied: Empor zum Licht. Darauf sprach Genosse Gustav Raute markige Worte, aufmerksam machend auf die Gefahren, die der Revolution drohen. Diese muß sich zum Segen der Menschheit durchsetzen, wozu die Einigkeit der Arbeiterschaft dringend notwendig ist, und wenn es über die Köpfe der Führerschaft hinaus geschieht. (Allgemeine Zustimmung.) Nach dem Hoch auf die soziale Republik ging es am Landratsamt vorbei, wo die Auflösung des imposanten Zuges stattfand. Ohne Zwischenfall ging die große Volkskundgebung von statten, obwohl am Schlusse einige Bourgoissöhnchen durch Drohreden Anlaß zu einiger Erregung gaben. Aber die Disziplin der Arbeitermassen verstand es, auch darüber hinauszukommen.

Aber auch in andern Teilen des Mansfelder Landes hatte man gestern für das sozialistische Ideal gewirkt. So fanden große Kundgebungen statt in Hettstedt, Großörner, wo gleichfalls Genosse Raute sprach, in Mansfeld und den Grunddörfern bis Helbra und Benndorf. Auch die Dörfer um Teutschenthal hatten die Gelegenheit wahrgenommen, in Salzmünde für ihre Ideale zu demonstrieren gegen die alten reaktionären Mächte. Das Volk hat gezeigt, daß es willens ist, die Errungenschaften der Revolution nicht nur zu verteidigen, sondern noch auszubauen. Am 19. Januar wird gezeigt werden, daß das Mansfelder Land zur Fahne der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei steht. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

13. 1. 19

Wahlkreis Mansfeld.

Die Telephon-Nummer der Wahlleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist von jetzt an: **Eisleben 289** (Bürgergarten).

Leuna. Gegen die Henker der Revolution. Am Freitag fand eine überfüllte, politische Versammlung in den Leuna-Werken statt. Genosse Koenen-Halle geißelte in scharfen Worten das Treiben der jetzigen Regierung, die Hand in Hand mit dem Bürgertum geht. Folgender Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Massenversammlung in den Leuna-Werken, die in sich den Geist der Gesamtheit, der 16 000 Mann zählenden Belegschaft verkörpert, erklärt sich eins mit dem kämpfenden klassenbewußten Proletariat Groß-Berlins, sowie ganz Deutschlands und ist entschlossen, mit aller Kraft den Kampf zu führen gegen jegliche Reaktion mit der Parole: Hinweg mit den Machtpolitikern Ebert-Scheidemann und ihren Handlangern im ganzen Reiche zur Einigung der gesamten Arbeiterschaft unter der Fahne der Unabhängigen Soz. Partei Deutschlands."

Merseburg. Die Soldaten gegen konservativen Wahlschwindel. Die jetzt unter dem Deckmantel der Deutschnationalen Volkspartei auf den Stimmenfang ausgehenden konservativen Reaktionäre hatten für vergangenen Freitag eine Versammlung angesetzt, in welcher Eisenbahnbetriebssekretär Hansen aus Halle über die Revolution und die Stellung der Beamten sprechen wollte. Kurz nach Eröffnung der Versammlung erschien, wie berichtet wird, eine Abordnung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates in Begleitung von Wachmannschaften, erklärte die Versammlung auf Grund eines von der Deutschnationalen Volkspartei verbreiteten, zu Agitationszwecken verwandten und auch im Versammlungslokal ausgelegten Flugblattes, das an die Soldaten gerichtet ist und in welchem ein großer Teil derselben und die jetzt bestehenden Regierungsgewalten in gemeiner Weise beschimpft und verleumdet würden, für geschlossen und forderte die Anwesenden auf, in Ruhe und Ordnung auseinanderzugehen. Während von einem großen Teil der Anwesenden die Erklärungen mit Beifall aufgenommen wurden, brachten einige Anhänger des alten Obrigkeitsstaates ihre Entrüstung zum Ausdruck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190113-12/fragment/page=0005

Am Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr,

Oeffentliche Wählerversammlungen

im **Pfälzer Schießgraben,** Robert Franzstr. 16,
im **Letzten Dreier,** Merseburgerstr. 32,
und abends 5½ Uhr, im **Volkspark,** Burgstr. 27. 4352

Der Kandidat Genosse **Raute** und die Genossen **Bock** und **Kürbs** sprechen über:

Revolution, Gegenrevolution, Nationalversammlung.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten und Bürger! Die erste Zeit erfordert eure Beteiligung am öffentlichen Leben. Darum heraus zur Versammlung. **Der Einberufer.**

Zur Deckung der Unkosten wird Eintrittsgeld erhoben.

Osmünde.

Mittwoch, 15. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokal von **Augustiniak:**

Oeffentliche Frauenversammlung.

Referentin: Frau **Krüger-Halle**
spricht über:

Die Frau und die Nationalwahlen.

Da das Thema sehr wichtig ist, ist Massenbesuch auch der Männer erwünscht.

4388 **Der Einberufer.**

Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.)

Oberröblingen a. See.

Mittwoch, 15. Januar, abends 8 Uhr:

Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Ein jedes Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, in dieser Versammlung zu erscheinen. *2505

Der Einberufer: Schmidt.

Unabhängige Soziald. Partei Deutschl.

Neumark

Freitag, den 17. Januar, abends ½8 Uhr, in „Schumanns Lokal":

Große

Volksversammlung

Tagesordnung:

Die Frauen und die Wahlen zur Nationalversammlung.

Referentin: Gen. **Koenen-Merseburg.**

Männer und Frauen! Die Entscheidungsstunde naht. Auf zur Versammlung! **Freie Aussprache.**

*2500 **Die Einberufer.**

---

*2501

Delitzsch.

Bekanntmachung.

Die **Zusatz-Zuckerkarten** für **Kinder** bis zum **4. Jahre** für Monat **Januar** werden im Rathaus, Zimmer 1, gegen Vorlegung des Lebensmittelscheines wie folgt ausgegeben:

Dienstag, den 14. d. Mts., der Buchstaben A—H
Mittwoch, „ 15. „ „ „ „ J—K
Donnerstag, „ 16. „ „ „ „ L—Z

Delitzsch, den 11. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Delitzsch.

Verkauf von Haferflocken.

In den 4 Drogenhandlungen von **Immisch, Pernitzsch,** Reime und **Spiegler** kommen **vom 13. Januar bis zum 18. Januar Haferflocken** das Pfund zu 82 Pfg. in folgender Weise zum Verkauf:

Auf je einen Abschnitt Nr. 11 aller Lebensmittelscheine werden **50 Gramm für 9 Pfg.** (demnach kosten 2 Abschnitte 17 Pfg., 3 Abschnitte 25 Pfg., 4 Abschnitte 32 Pfg. usw.)

am Montag, den 13. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 1—800
am **Dienstag**, den 14. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 801—1600
am **Mittwoch**, den 15. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 1601—2400
Donnerstag, den 16. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 2401—3200
Freitag, den 17. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 3201—4000
Sonnabend, den 18. Jan. auf Lebensmittelsch. Nr. 4000—Schluß.

nur in den obengenannten 4 **Drogenhandlungen** verabfolgt.

Passendes Kleingeld und Tüten wolle man im Interesse einer schnellen Abfertigung mitbringen. *2502

Delitzsch, den 11. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Von morgen, **Dienstag,** früh ab steht ein Transport

große u. kleine, beste hannöversche Läuferschweine

preiswert zum Verkauf. **Gebr. Kohlberg, Halle.**
Tel. 6842. 4389 **Gasthof goldene Rose, Rannischestr. 19.**

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung

Amtliche Bekanntmachungen.

Verbrauch von Schlachtviehfleisch und Pferdefleisch.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 13. bis 19. d. Mts. bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

200 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken dürfen nur die **Abschnitte 4 A bis 4 H** bezw. bei der Kinderkarte 4 A bis 4 D zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern, oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den **Gast-,** Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. **Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf die Abschnitte 4 A bis 4 F, bei der Kinderkarte nur auf die Abschnitte 4 A bis 4 C je 35 Gramm Schlachtviehfleisch entnommen werden, während die übrigen 2 bezw. 1 Fleischmarke lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.**

Die Verbrauchsmenge an Roßfleisch, die in **der Woche** vom 13. bis 19. d. Mts. bei den Roßfleischhändlern auf Grund **der** Reichsfleischkarte entnommen werden darf, **wird auf**

1000 Gramm

festgesetzt. **Von den für** diese Woche geltenden Fleischmarken **dürfen nur die Abschnitte** 4 J und 4 K bezw. bei der **Kinderkarte der Abschnitt** 4 E zum Bezuge von Roßfleisch **verwendet werden. Nur** die bei einem Roßfleischhändler **als Kunden eingetragenen** Haushalte **sind** zum **Bezuge von Roßfleisch gegen Abgabe der** bezeichneten **Fleischmarkenabschnitte berechtigt.** Auf **jeden der** bezeichneten **Abschnitte dürfen 500** Gramm **Roßfleisch** verabfolgt werden. **Zum Beweise, daß die Bezieher als Kunden** angemeldet **sind, ist beim Einkauf der Lebensmittelschein** vorzulegen.

Halle, den 11. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Käse.

in der Talamtschule, am Dienstag, den 14. Januar 1919.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 19501—21000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 21001—23000 nachmittags **von 2—6 Uhr.** Für jede **Person** eines Haushaltes werden 55 Gramm zum **Preise** von 20 Pfennige abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. **Abgezähltes** Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 13. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Dienstag, den 14. Januar 1919, **auf den** Abschnitt 8 für die eingetragenen **Kunden bei dem** Milchhändler Harnisch, **Schülershof 11**, in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Rannischestr. 20/21, vormittags von 8—12 Uhr, und der Molkerei Merbitz, Freiimfelderstr. 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 17. Januar abzuliefern.

Halle, den 13. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Der markenfreie Verkauf von Salamiwurst,

das ¼ Pfund 2.50 Mk., dauert in der Talamtschule nur noch kurze Zeit, da der Vorrat **ein** geringer ist.

Halle, den 11. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Talg in der Talamtschule am Dienstag, den 14. Januar 1919.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 63501—64200 **vormittags** von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 64201—65000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede **Person** eines Haushaltes werden 58 **Gramm** zum Preise von 35 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind mitzubringen.

Halle, den 13. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1140 ff.) und der von dem Herrn Staatskommissar für das Wohnungswesen erteilten Ermächtigung wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

1. Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis **rechtswirksam** nur mit vorheriger Zustimmung des **Mieteinigungsamts kündigen**, insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke **der Mietsteigerung** erfolgt.

2. **Ein ohne Kündigung ablaufendes** Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit **verlängert**, wenn der Vermieter nicht vorher **die Zustimmung des Mieteinigungsamts** zu dem Ablauf **erwirkt hat.**

Das **Mieteinigungsamt kann bei der Entscheidung** die **Fortsetzung** oder **die Verlängerung des Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen.**

Bestimmt das Mieteinigungsamt die Fortsetzung oder **Verlängerung des Mietverhältnisses, so kann** es dem **Mieter neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere** den **Mietzins erhöhen.**

Halle, den 9. Januar 1919. **Der Magistrat.**
Rive. Kinne.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis U. S. P. D.

Für **Halle** finden

am Mittwoch, den 15. Januar 1919, abends 7½ Uhr,

Distriktsversammlungen

in folgenden Lokalen statt:

Distrikt 1: Thiersmann, Talamtstraße 9.
Distrikt 2: Kautzsch, Martinsberg 6.
Distrikt 3: Goldene Kette, Alter Markt 11.
Distrikt 4: Haase, Mansfelder Straße 11.
Distrikt 5: Lohse, Jakobstraße 18.
Distrikt 6: Schade, Bertramstraße 18.
Distrikt 7 u. 7a: Müller, Böllberger Weg 23.
Distrikt 8: Herker, Liebenauer Straße 150.
Distrikt 9: Schnabel, Merseburger Straße 54.
Distrikt 9a: Letzter Dreier, Merseburger Straße 32.
Distrikt 10: Letzter Dreier, Merseburger Straße 32.
Distrikt 11: Dittner, Landsberger Straße 56.
Distrikt 12: Gewerkschaftshaus, Harz 42-43.
Distrikt 13: Stützer, Krausenstraße 4.
Distrikt 14: Gewerkschaftshaus 42-43.
Distrikt 15: Gewerkschaftshaus, Harz 42-43.
Distrikt 16: Volkspark, Burgstraße 27.
Distrikt 17: Emmer, Eichendorffstraße 19.
Distrikt 18 u. 18a: Volkspark, Burgstraße 27.
Distrikt 19: Bernstein, Götschestraße 3.
Distrikt 20: Lindenhof, Kröllwitz.

Alle Parteigenossen, die am Tage der Wahl sich zur Verfügung stellen wollen, sind dringend gebeten, dort zu erscheinen, da die Verteilung zu den einzelnen Arbeiten dort erledigt werden soll.

4389 **Der Vorstand.**

Fleisch :: im besten Sinne :: für warme u. kalte Speisen
ersetzt **Nährpaste** Dose **275 Pf.**
F. H. Krause in allen Filialen. 4367

Beschulung blinder Kinder im August 1920.

Nach dem Gesetz vom 7. August 1911. betr. die Beschulung blinder Kinder, werden Anfang August 1920 die **blinden Kinder** schulpflichtig, welche bis dahin das sechste Lebensjahr vollendet haben. Zu den blinden Kindern im Sinne dieses Gesetzes gehören auch Kinder, die so schwachsichtig sind, daß sie den blinden Kindern gleichgeachtet werden müssen.

Die Namen solcher Kinder müssen schon jetzt der Regierung in Merseburg mitgeteilt werden. Die Eltern oder gesetzlichen Vertreter dieser blinden Kinder werden hiermit aufgefordert, Namen, Geburtstag und Wohnung der betreffenden Kinder bis

Donnerstag, den 23. Januar 1919,

dem Bureau der Schulverwaltung, Rathausstraße 4 I, Zimmer 4, anzugeben, damit die Kinder in die vorgeschriebene Nachweisung eingetragen werden.

Halle, den 6. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Am Anschluß an meine Bekanntmachung vom 2. d. Mts. die Uebersicht der Stimmbezirke usw. für die bevorstehende Wahl für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung betreffend — bringe ich hiermit folgendes zur Kenntnis, daß

a) die Gemeinde Mötzlich — 306 Einwohner — einen **eigenen Stimmbezirk** bildet. Die Wahl findet **in dem Metze'schen** Gasthofe daselbst statt. Zum **Wahlvorsteher** ist der **Gutsbesitzer Walther,** zu seinem **Stellvertreter** der **Gutsbesitzer Koch** ernannt worden;

b) im 9. Wahlbezirk — **Rothenburg — nicht** der Werkmeister, sondern der **Werksinspektor** Grobecker zum Stellvertreter des Wahlvorstehers ernannt ist;

c) im 13. Wahlbezirk — **Brachwitz — der Oekonomie-Inspektor Beckmann** zum **Stellvertreter des Wahlvorstehers** an Stelle des Kohlgärtners **Thielecke** ernannt worden ist;

d) **im 22. Stimmbezirk** — Beidersee mit Möderau — **die Wahl** nicht in Beidersee, sondern **in Möderau im Gasthofe** stattfindet;

e) **im 30. Stimmbezirk** — Wieskau — der **Gutsbesitzer Schmidt** an Stelle des Gutsbesitzers **Barth** zum **Wahlvorsteher** und der **Kossat Albert Reiser** zum **Stellvertreter des Wahlvorstehers** ernannt sind;

f) **im 32. Stimmbezirke** — Oppin — das **Wahllokal** nicht im Stiebler'schen, sondern **im Jummel'schen Gasthofe** sich befindet;

g) **im 41. Stimmbezirke** — Dammendorf — an Stelle des Rittergutsbesitzers Dr. Humbert der **Mühlenbesitzer Krüger zum Wahlvorsteher** und der **Gutsbesitzer Heinemann** zum **Stellvertreter des Walvorstehers** ernannt ist;

h) **im 51. Stimmbezirk** — Schönnewitz — an Stelle des Stellmachers Blötz der **Gutsbesitzer Mähnert** zum **Stellverteter des Wahlvorstehers** ernannt ist;

i) **im 55. Stimmbezirk** — Bruckdorf — **das Wahllokal** nicht im Große'schen Gasthofe **sondern im Gasthofe zum Reidetale** sich befindet;

k) aus dem 49. Stimmbezirk — **Diemitz — zwei** Stimmbezirke gebildet sind. Die Wähler der Buchstaben A—K wählen im 1. Stimmbezirk, diejenigen der Buchstaben L—Z im 2. Stimmbezirk.

Zu **Wahlvorstehern** sind ernannt
für den 1. Stimmbezirk der **Gemeindevorst. Dr. Berthold.**
für den 2. Stimmbezirk der **Gartendirektor Müller.**

zu **Stellvertretern**
für den **1. Stimmbezirk** der **Lagerhalter Silberberg.**
für den **2. Stimmbezirk** der **Landwirt Walter Spatz.**

Wahllokale sind
für den **1. Stimmbezirk:** das **Gesellschaftshaus,**
für den **2. Stimmbezirk:** der **Gasthof z. deutschen Kaiser.**

Halle, den 8. Januar 1919. 4355

Der **Landrat des Saalkreises:** von Krosigk.
Der Arbeiter- u. Bauernrat des Saalkreises: Richter.

Sohlennägel

Paket, Inhalt ca. 1000 Stück, **3 Mark.** Muster frei.
Versch. dünnstiftige Sorten, gemischt, kg **5 Mark.**
Stifte, Texe, Schwielen,
billigst bei
Max Jörger, Frankfurt a. M.
*2443 **Holzgraben 7.**

Spezial-Abfuhr-Geschäft Artur Lindner.

Tholuckstraße 9.
Fernspr. 1450.
empfiehlt sich zu **An- u. Abfuhr v. Asche, Schutt, Mauerst., Sand usw.,** auch **Lohnfuhrwerk wird gestellt.** *2459

Verlangen Sie überall das gute **Scheffelbrot.** 4058

Saalwachs-pulver

in bekannt guter Qualität liefert 4254
Max Ott, Steinweg 26.

Gummi-Gebiß-zahnplättchen.
C. Klappenbach, 4365
Gr. Ulrichstr. 40.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.